

# Saar-Freund



## Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Erscheint zunächst monatlich zweimal (Sonnabends). Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saarverein, Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 94.

Bezugspreis vierteljährlich M. 2,— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 0,40 einschl. ortsüblichen Teuerungszuschlages.

### Der Schrei des Saartals.

Da der Mund vom Zwange frei,  
Tönt vom grünen Tal der Saar  
Tausendfach der Ruf und Schwur,  
Der dort immer Wahlspruch war:  
„Deutschland!“

Sin durch Deutschland gelst der Ruf,  
Das vom Feinde nun hat Ruh:  
„Glaubt an uns und denkt an uns,  
Denn wir schwören es euch zu:  
„Deutschland!“

Zu des Erdballs Völkern bringt  
Hilfsheischend unser Schrei,  
Flehend, daß Gerechtigkeit  
Fürder unser Teil nun sei:  
„Deutschland!“

F. S.

### Mephistopheles Mouth.

Nur der Chronik halber erwähnen auch wir die Enthüllungen des „Zwanzigsten Jahrhunderts“ vom 17. April über Hochverratspläne im Saargebiet. Der Vorwurf des Hochverrats wird in der genannten Zeitschrift belegt durch die Veröffentlichung von drei Dokumenten, durch die Angehörige der Zentrumspartei im Saargebiet auf den ersten Blick anscheinend kompromittiert werden.

Zunächst ist es ein Organisationsplan des neuen Saarstaates, den der Preußische Geh. Justizrat Muth, der sich allerdings in dem Schriftstück, in kaltblütiger Erfassung der Sachlage, als „Mouth, Rechtsanwalt und Dr. der Rechte“ bezeichnet — also nichts von Preuß. Geheimrat und Justizrat — am 26. Juni 1919 nach Paris gerichtet hat. Das zweite Schriftstück ist ein Gesuch, welches eine „Konferenz der Vertreter der Katholiken des Saarbeckens“ an Tardieu richtet und das Stimmung machen soll bei dem „Hohen Kommissar“, den Monsieur Mouth als Vertreter

der saarländischen Bevölkerung in die Regierungskommission für das Saarland zu bringen und den damaligen französischen Obersten Militärverwalter Andlau als Vertreter Frankreichs. Das dritte ist das Protokoll einer Sitzung der Führer der „ehemaligen Zentrumspartei und der Dekane des Saargebiets“ am 24. Juni 1919 im Presbyterium von St. Johann-Saarbrücken, worin diese Führer der Zentrumspartei zu dem Entschluß kamen: gemäß den Befehlen der katholischen Religion „der Behörde, die uns durch die Vorsehung gesetzt ist, gehorsam zu sein, die neue Regierung ohne Hintergedanken frei und aufrichtig zu unterstützen, von welcher die Katholiken hoffen und erwarten, daß sie besser als das alte preußische Regime die Rechte, Gewohnheiten und Gebräuche der Bevölkerung achtet.“ Ferner wurde in dieser Sitzung die Absendung des Gesuchs an Tardieu beschlossen, worin Muth als Vertreter der Einheimischen im Fünfferrat empfohlen wird. Als Empfehlung wird von ihm gesagt, daß er in Saarlouis geboren, seit 57 Jahren in Saarbrücken wohnhaft, seit 33 Jahren Stadtverordneter ist, dreimal als Beigeordneter vorgeschlagen und dreimal durch den König von Preußen Wilhelm II. nicht bestätigt wurde, und vor allem, daß er zu Beginn des „unglücklichen Krieges 1870“ mit seiner jungen Frau aus Saarlouis ausgewiesen wurde, weil er 1869 an einer Feier für den Marschall Ney teilgenommen habe.

Wir sagten: nur der Chronik halber bringt der „Saarfreund“ auch diese schmutzige Geschichte, denn zu einer Charakterisierung der Verhältnisse im Saargebiet tragen diese Dokumente nichts Neues bei. Die Stellung Muths ist so allbekannt, daß wirklich nichts weiter mehr über ihn zu sagen war. Daß diejenigen, welche die Petition und das Protokoll unterschrieben haben, nicht die Vertreter weder der Katholiken noch der Mehrheit der Zentrumsanhänger im Saargebiet sind, das ist ebenso klar. Denn weder Katholiken noch Zentrumspartheiler würden ein solches erlogenes, würdeloses und gemeines Machwerk billigen.

Und das hat sich auch sofort gezeigt, als die Dokumente bekannt wurden. Einmütig wurde von allen Katholiken und von der Zentrumsparthei das Vorgehen derjenigen, die sich als ihre Vertreter bezeichneten, aufs kräftigste verurteilt und erklärt, daß die Herren, welche jene Schriftstücke unterschrieben haben, eigenmächtig vorgegangen sind und daß die Zentrumspartei als solche nichts damit zu tun habe.



Sofort bei Erscheinen der Dokumente waren wir, die wir das verderbliche Wirken Muths innerhalb seiner Parteifreunde während der Besatzungszeit beobachten konnten, überzeugt, daß die ganze Aktion nichts als ein Werk Muths sei, dieses Mephistopheles innerhalb der reindenkenden und reinfühlenden Saarbevölkerung, und daß die Zentrumsführer ihm ins Garn gegangen sind, in bestem Glauben, aber in einem unglaublichen Leichtsinne. Wir freuen uns, diese Ansicht bestätigt zu sehen durch die sofortige Erklärung dieser Männer, die mit den Worten beginnt: „Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben“ und die dann das ganze geradezu teuflische Werk Muths enthüllen. Denn wie die Unterzeichner mitteilen, wurde ihnen das Protokoll erst später zur Unterschrift vorgelegt. Muth rechnete auf die Flüchtigkeit und die Schwäche der Herren in der französischen Sprache. Zu ihrem Entsetzen, so kann man wohl hinzufügen, bemerkten sie die würdelosen und verdächtigen Redewendungen, wodurch das eigene Nest beschmutzt wurde, erst in der nächsten Sitzung, worauf sie sofort in einer neuen Eingabe die Begründung ihres Gesuchs zurücknahmen. Das Wichtigste aber ist, daß sie nichts von dem Organisationsplan des Herrn Mouth wußten.

Und wir können ihnen verraten, vielleicht wissen sie es schon selbst, daß auch die Mitglieder der französischen Militärverwaltung, durch deren Hände die zwei von den Führern der Zentrumsparthei unterschriebenen Schriftstücke gingen, nichts von der Sonderaktion des Herrn Muth gewußt haben, so daß sie bei der Veröffentlichung an der Echtheit zweifelten. Die Echtheit wurde aber durch die de- und wehmütige, lendenlahme Erklärung Muths selbst, die er sofort veröffentlichte, bestätigt.

In den Streit, der zwischen den einzelnen Parteien um diese Dokumente im Saargebiet entstanden ist, wollen und dürfen wir uns nicht einmischen. Es ist Parteistreit, den wir angesichts der traurigen politischen Lage des Deutschtums im Saargebiet tief bedauern. Unserer Meinung nach hat jede Partei, mag sie innerpolitisch einen Standpunkt einnehmen, wie sie will, heute nur die eine Pflicht: so lange das Saargebiet unter einer Fremdherrschaft steht, die dem deutschen Volke an der Saar aufgezwungen wurde, die ihm das Vorrecht eines Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen, vorenthält, so lange dieser Zustand herrscht, ist der deutsche Gedanke das erste und letzte Wort jeden Programms. Nur so kann die Frage des Saargebiets gelöst werden, wenn nicht durch Deutschland, so durch die anderen Völker, insbesondere durch die großen Demokratien, die nur in Unkenntnis des wahren Charakters des Saargebiets die Bestimmungen von Versailles billigen konnten. Sie aufzuklären durch stete und ständige würdevolle, von aller Hezerei freie Betonung des deutschen Gedankens, der allein an der Saar herrscht und herrschen kann, das ist hehre Pflicht aller und aller, denen das Schicksal ihrer Heimat am Herzen liegt.

Wenn einige Angehörige einer Partei durch die Dokumente im ersten Augenblick belastet schienen, wir wollen es hier aussprechen: die aufrechten Bekenntnisse der Partei und ihrer Einzelangehörigen zum Deutschtum und ihr offen und ehrliches Abrücken von dem Verführer Muth haben, wir brauchen nicht zu sagen: jeden Verdacht zerstreut, sondern im Gegenteil, sie haben mit dazu beigetragen, noch einmal in feierlichster Form den deutschen Charakter der Saarbevölkerung vor aller Welt verkündet.

Belastet ist und bleibt allein Muth. Er wollte die reine Gesinnung verführen durch elende Machenschaften. Eine solche Teufelstat fand ihren Lohn: In der Wolfschlucht allgemeiner Verachtung liegt er vergraben. Sein Name wird in Ewigkeit nur mit denen gemeinster Verräter genannt werden!

## Das Saarland belogen und betrogen!\*)

Was geht im Saarlande vor? Diese Frage kann man mit Recht in banger Sorge aufwerfen, denn der Amtsantritt des Präsidenten der vom Völkerbund mit der Regierung des Saarlandes beauftragten Fünferkommission läßt klar erkennen, daß es das Ziel und die Absicht dieses französischen Beauftragten ist, unter Beiseiteschiebung aller Rechte, die uns anscheinend der Friedensvertrag zustand, das Saarland zu verwelfen und die Pläne der französischen Annektionisten auf den Raub des rein deutschen Gebietes durch eine offene Brüstierung der vom Völkerbund proklamierten Selbstbestimmung der Nationen auf Umwegen zu verwirklichen. Wie das deutsche Volk mit den 14 Punkten des Friedensprogrammes Wilsons schamlos hintergangen ist, so soll das Saarland der Zusicherungen des Friedensvertrages belogen und betrogen werden. Bei der vorübergehenden Abtretung der Hoheitsrechte über das Saarland ist der deutschen Regierung und dem Saarlande hochheilig versprochen worden, daß die alliierten und assoziierten Regierungen besondere Sorgfalt darauf verwenden haben, den Einwohnern des Saargebietes selbst jeden materiellen und moralischen Schaden zu ersparen! Ausdrücklich haben die Mächte versichert, daß das Direktorium des Saarlandes nicht der Souveränität Frankreichs unterstellt werde, sondern der Kontrolle des Völkerbundes! Laut Friedensvertrag soll die deutsche Staatszugehörigkeit der Saarländer unangetastet bleiben, soll das Saarland nach den vor dem Kriege in Geltung gewesenen deutschen Gesetzen regiert werden, und was sonst noch an schön klingenden Verheißungen hoch und heilig versprochen worden ist! In seiner kurzen Amtstätigkeit schiebt der Präsident der Saarregierung, der frühere französische Staatsrat Rault, alle diese Zusicherungen achtlos beiseite, wie einen Fetzen Papier zerreißt er den Friedensvertrag und spielt sich als ein Diktator im französischen Interesse hier im Saarlande auf. Die deutschen Rundgebungen, zu denen sich die Saarbevölkerung nach der scheinbaren Befreiung von der fünfzehn Monate hindurch schrankenlos herrschenden französischen Militärdiktatur einmütig als Befundung der ihm zugesicherten freien Selbstbestimmung einhellig vereinte, wagt er offen als den von deutscher Seite geschürten Geist des Aufbruchs zu bezeichnen! Wahrlich, es hätte nach dieser Militärdiktatur keines Anreiz zur Befundung zum Deutschtum bedurft, um diese einhelligen Rundgebungen innerster Ueberzeugung hier auszulösen, die klar den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck brachte, ihr Deutschtum mit in die 15jährige Losreißung vom Vaterlande hinüberzuretten. Wenn dem Saarländer seine Staatszugehörigkeit im Friedensvertrage zugesichert ist, dann darf sie ihm auch kein „Beauftragter des Völkerbundes“ als Geist des Aufbruchs herabwürdigen, zumal wenn dem Beauftragten auch vom Völkerbunde jede moralische Schädigung der Saarländer unterlagert ist. Steht schon die Berufung eines Franzosen an die Spitze der Saarregierung mit der Zusicherung der assoziierten und alliierten Mächte, die Saarregierung nicht der Souveränität Frankreichs zu unterstellen, nicht im Einklang, wenigstens nicht mit dem Geiste dieser Versicherung, so steht noch weniger hiermit im Einklang die Amtsführung dieses beauftragten Treuhänders. Wohl hat er schon vor seinem Amtsantritt uns glauben machen wollen, daß er kein Franzose mehr sei, sondern sich nur als der „Beauftragte des Völkerbundes“ fühle. Als diese Zusicherung in Gegenwart eines französischen Militärs bekannt wurde, der sich selber als den mächtigsten Mann der Militärdiktatur selbst über den Obersten Militärverwalter hier im Saargebiet bezeichnet hat, ging über dessen Züge das bekannte Augurenlächeln! Und der Präsident Rault hat denn auch schnell genug diese Maske seiner Unparteilichkeit fallen lassen. Sagte er doch in einer der ersten Konferenzen mit den Vertretern des Saarlandes, als eine paritätische Besetzung des Wohnungsamtes gefordert wurde, um den Willkürakten des französischen Militärs bei den Wohnungsbeschlagnahmungen im Interesse der Bürgerschaft zu steuern, daß er niemals zulassen werde, daß die Interessen der französischen Offiziere hinter den Interessen der Bevölkerung zurückstehen dürften. Also der Mann, der vom

\*) Wir geben hiermit der Zusendung eines Freundes aus dem Saargebiet gern Raum.



Völkerbund berufen ist, die Interessen des Saarlandes zu wahren, bekennst sich ganz offen dazu, daß ihm die Interessen der französischen Offiziere allen anderen Interessen voraufgehen. Mit der Zusicherung seiner Unparteilichkeit ist das Saarland offen belogen worden. Und nun soll es auch noch um seine Rechte aus dem Friedensvertrage betrogen werden, betrogen durch eine Verwelschung der deutschen Beamenschaft, deren Beseitigung und Einschüchterung das offen erklärte Ziel des Präsidenten Rault ist. Nach dem Friedensvertrage gelten hier die deutschen Rechte und Gesetze mit Ausnahme der Kriegsgesetze weiter. Nach diesen Gesetzen haben deutsche Beamte das Saarland zu verwalten. Rief es schon einen Sturm der Entrüstung unter der Beamenschaft, hinter der einmütig die Bevölkerung stand, hervor, als es bekannt wurde, daß sich der Präsident das Recht vorbehält, den festangestellten saarländischen Beamten eine sechsmonatige Probedienstzeit aufzuerlegen, innerhalb welcher Frist ihm die Entscheidung über die Beibehaltung im Amte zustand, so wird dies noch mehr der Fall sein, nachdem jetzt der Präsident erklärt, es sei sein gutes Recht, sämtliche Beamten zu entlassen oder nach seinem Gutdünken zu behalten. Für die oberen Verwaltungsposten nimmt er sogar das Recht für sich in Anspruch, daß sich die Mitglieder der Regierungskommission ihre direkten und unmittelbaren Mitarbeiter frei wählen können, das heißt also, daß saarfremde Ausländer in die führenden Stellen berufen werden und daß die saarländischen Beamten nur die untergeordneten Stellen bekleiden dürfen. Hinzu kommt für diese Fremdländer noch die Disziplinalgewalt über die Beamenschaft, und der Weg zur Verwelschung des Saarlandes ist frei, denn eine solche unter der Krute ihrer fremdländischen Usurpatoren gezwängte Beamenschaft kann unmöglich die Rechte und Interessen der Saarländer wahrnehmen. Aus dem Amte gedrängte Beamte kann aber der Präsident jederzeit durch ihm genehme Organe ersetzen, nach seiner Auslegung des Friedensvertrages, wie ihm denn auch jede Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auslegung der Bestimmungen dieses Vertrages ausdrücklich zusteht. Ueber den Weg der Verwaltung geht der Zwang zum Joche unter die Fremdherrschaft! Jede moralische Schädigung soll aber dem Saarländer ferngehalten werden, so versichern die alliierten und assoziierten Regierungen feierlich dem Deutschen Reich und der ganzen Welt, und der Treuhänder, den sie bestellen, schiebt diesen Formelkram eines von schlaunen Pariser Rechtsanwälden mit Fuhangeln reichlich gespickten Fehden Papiers achtlos beiseite! Wie berechtigt das Mißtrauen der Beamenschaft war, wie berechtigt das Verlangen aus ihrem Kreise heraus an den Völkerbund, einen wirklich unparteiischen Vertreter an die Spitze der Saarregierung zu stellen, beweisen diese ersten Taten der Unterdrückung allen sittlichen und juristischen Rechtes. Man geht sicher auch nicht fehl in der Annahme, daß die schroffe Stellungnahme zu der Beamtenfrage der Ausfluß der Rache der „siegeschwollenen“ Franzosen ist, der jede Befundung des Deutschtums hier an der Saar als den „Geist offenen Aufruhrs“ zu verdammen belogen und betrogen werden! Die Militärdiktatur herrscht hier weiter! Für den Präsidenten Rault gelten nur die Interessen des französischen Militärs, so bekundet er offen, die Befestigung des Landes durch fremdes Militär bleibt auf lange Zeit noch bestehen, französische Offiziere, die nur die Uniform ausgezogen haben, herrschen als Beamten über das Saarland weiter und mit diesem Präsidenten als unbeschränkten Autokraten. Das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden wird mißachtet und den Eingriffen der Fremdländer preisgegeben. Seine Rechte und Amtsbefugnisse stützt der Präsident auf Auslegungen aus den Protokollen der Friedensverhandlungen, die hier niemandem bekannt sind. Das deutsche Mitglied der Regierungskommission ist von vornherein in eine völlig einfluß- und machtlose Stellung gedrängt, so daß es eine sehr undankbare Rolle ist, hier in des Wortes weitester Bedeutung das fünfte Rad am Wagen in der Fünferkommission zu spielen. Wie lange ein deutscher Vertreter diese flüchtige Rolle überhaupt noch spielen kann, kann nur eine Frage der Zeit sein. Von den berechtigten Wünschen, die aus berufenem Munde von den Saarländern der neuen Regierung unterbreitet worden sind, ist auch noch nicht ein Jota erfüllt worden. Mit den Vertretern der Gemeinden will der Präsident überhaupt nicht verhandeln, denn er befürchtet, daß diese ihm auch politische Wünsche vortragen könnten, den anderen Vertretern droht er, ihre wirtschaftliche Organisation aufzulösen, wenn sie ihm mit solchen Wünschen nahen! Das ist

die reine Diktatur in dem Moment, wo der Völkerbund das Selbstbestimmungsrecht der Völker als oberste Richtschnur seiner Ziele proklamiert! Hier an der Saar aber wird ein freier Volksteil unter der Oberhoheit dieses selben Völkerbundes recht-, macht- und schutzlos der Willkür eines Volkes preisgegeben, das in seinem Parlament offen die Einverleibung dieses Landes als sein Ziel zu erkennen gegeben hat. Unter der Protektion des Völkerbundes ist das Saarland als ein Notstandskind geboren worden, das nicht leben und nicht sterben kann, das aber seine Zugehörigkeit zum Mutterlande nicht preisgeben will und deutsche Treue trotz aller Knechtung hochzuhalten gewillt ist. Es gilt, den Notfrei dieses Landes in alle Welt hinauszurufen, das Völkergewissen wachzurufen, gegen Unterdrückung und Knechtung zu protestieren. Das Deutsche Reich hat sich unter dem Zwange einer erdrückenden Notlage des wirtsamen Schutzes des Saarlandes begeben müssen, was wir aber von ihm erwarten können und müssen, ist, daß es seine Stimme mit gegen den Bruch der Vertragstreue erhebt, daß es gegen Verletzungen des Friedensvertrages in unserm Interesse Widerspruch erhebt, daß es das Gewissen des Völkerbundes mit wachruft, der nicht zusehen kann und darf, wie hier mit seinen Versprechungen ein Augenspiel getrieben wird, um Annektionsgelüsten eines eroberungsflüchtigen Volkes nur notdürftig verkleidet und bemäntelt freies Spiel zu lassen. Wie groß muß die Not und Unterdrückung einer deutschen Bevölkerung von über einer halben Million Seelen erst werden, bevor ihr Notfrei nicht ungehört in der Welt verhallt? Groß ist sie bereits heute genug, diese Not, offen die Knechtung unter fremdländischem Joch, erkenntlich allen, wie wir hier belogen und betrogen sind. Wir hoffen, daß uns unsere deutschen Brüder und Schwestern rechts des Rheins in unserem Kampfe um deutsches Recht und deutsche Gesinnung treu zur Seite stehen werden, denn 15 Jahre ohne deutsches Heimat- und Vaterland sind uns auferlegt worden. Wir sind zu Sträflingen eines verlorenen Krieges gemacht worden, die schuldlos verurteilt worden sind. Noch besteht unsere Hoffnung darin, daß das doch einmal erwachende Weltgewissen diesen Zustand der Unterdrückung und Rechtlosigkeit nicht erdulden wird und daß der Tag heraufdämmern muß, der das Gebilde einer notdürftigen Verschleierung des Landesraubes wie Spreu im Winde zerflattern läßt vor den Grundrechten der wahren Freiheit der Menschheit, die nicht wie wesenlose Schemen verschachtet und verhandelt werden darf, soll noch das Wort von der Gerechtigkeit in der Welt nicht jeden Seins entkleidet werden.

## Der Saarlande Not unter der Fremdherrschaft.

Ein und einhalb Monat sind seit den gewaltigen Kundgebungen im März für Deutschtum und Freiheit verflossen. Ein und einhalb Monat. Und was hat das Saarpolk erreicht? Was hat die Regierungskommission unternommen, um das Saarpolk von seinen Nöten und Lasten zu befreien? Die Stimmung unter dem Saarpolk, wie sie sich in der Presse offenbart, antwortet: Nichts! Es erscheint nicht glaubhaft, daß die Regierungskommission, die zur Wahrung des Wohls der Bevölkerung in die Verwaltungsrechte des Deutschen Reiches über das Saargebiet eingesetzt worden ist, diese Rechte und die damit verbundenen Pflichten in einer so eigenartigen Weise auffassen und handhaben könnte, daß man sich am Ende der Auffassung anschließen muß, die schon verschiedentlich laut geworden ist und die dahin geht: „Wir haben jetzt die Gewißheit dafür, daß wir den Klauen unserer Sieger ausgeliefert sind!“ wie die „Saarbrücker Zeitung“ in einer ihrer letzten Ausgaben schrieb. Das Saarpolk unterzieht vor allem die Person des Präsidenten Rault einer scharfen Kritik. Seine Haltung gibt zu Mißdeutungen keinen Anlaß mehr. Er ist, wie das natürlich ist, trotz seines Versprechens, sein Franzosentum als Beamter des Völkerbundes ablegen zu wollen, im Herzen Franzose geblieben. Man macht ihm sogar von vielen Seiten den Vorwurf, er handle auch als Franzose und belege das mit Äußerungen, die er in seiner amtlichen Eigenschaft als Präsident der Regierung saarländischer Petitionen gegenüber gemacht hat. Er habe für das Wohlergehen der französischen Beamten und Offiziere im Saargebiet zu sorgen und werde aus diesem Grunde in der Wohnungskommission keine saarländische Mehrheit dulden, sagt Präsident Rault — aber Rault ist nicht die Fünferkommission, und von den neutralen Angehörigen der Kommission, die bisher wenig in Erscheinung getreten



sind, muß erwartet werden, daß sie streng an ihrer Neutralität festhalten.

In der „Saarbrücker Zeitung“ veröffentlicht Herr Mathias Jülicher einen offenen Brief an das jetzt erst eingetroffene Mitglied des Fünferrates Waugh, den er für den einzigen Menschen ansieht, der noch von den ganzen Vorkommnissen der letzten Zeit unbeeinflusst ist. In kurzen Zügen sucht er Herrn Waugh darzulegen, wie die Situation im Saargebiet tatsächlich ist und welche Art der Regierungsführung man von ihm erwartet. Er bittet Herrn Waugh, sich nicht von geldhungrigen, unehrlichen Persönlichkeiten, die nach zwei Seiten hin ein gut honoriertes Verräterspiel treiben, beeinflussen zu lassen. „Wir sind“, schreibt er, „von einem kleinen Häuflein Rechtsstehender abgesehen, Demokraten ohne Unterschied der Partei. Wir sind Deutsche, sowohl dem Friedensdiktat nach, das uns ohne Befragung und gegen unsern Willen von unserer Mutter trennen will, als auch unserer Abkunft nach. Es gab hier bis zum Eintritt der französischen Truppen überhaupt keine Nichtdeutschen. Wir sind entschlossen, die Freiheit, wie sie uns die Novemberrevolution brachte, zu erhalten und auszubauen und gegen alle Versuche, sie uns zu schmälern, zu verteidigen. Wenn Frankreich die bisher betriebene Zucht der Förderung eigener oder seiner Staatsangehörigen Interessen verläßt, so wollen wir als Deutsche, deren Erbfehler stets ein leicht Vergessen war, über all das Böse hinwegsehen, das wir seit November 1918 in Wort und Tat erfahren haben und begeisterte Mitarbeiter an dem Werke sein, das in die Grundsätze der Humanität: Selbstverwaltung, Schutz der kleinen Nationen, ihrer Freiheit und ihrer Eigenarten eingeschlossen ist. Das ist eine deutliche Sprache, und doch kommt in ihr noch nicht zum Ausdruck, wieviel offene Rechtsbrüche das Saarloos schon über sich ergehen lassen mußte während der kurzen Zeit der Völkerbundsregierung.“

Der Saarbrücker Anwaltsverein hat dem Präsidenten Rault eine Denkschrift über die rechtliche Lage des Saargebietes nach den Friedensbedingungen überreicht, die vom rein juristischen Standpunkt aus bearbeitet worden war. Darauf hat Präsident Rault erklärt, daß er sich niemals das Recht nehmen lassen werde, aus eigener Machtbefugnis Beamte im Saargebiet anzustellen. Der Anwaltsverein entgegnet ihm darauf, in einer Zuschrift an die Saarpresse, daß im Saargebiet das deutsche Beamtenrecht geltend sei, nach dem keine Ausländer als Beamte angestellt werden dürfen. Etwas Privatangestellte der Mitglieder der Regierungskommission kämen dabei nicht in Betracht, ihre Staatsangehörigkeit sei gleichgültig. Da die deutschen Gesetze aufrechterhalten werden, sei es eo ipso klar, daß auch das ganze bisherige System der Verwaltung bestehen bleibe müsse.

Von der Regierungskommission sind als Vorsitzender des Wohlfahrtsamtes der Abgeordnete Koffmann, als Leiter des gesamten Schulwesens der Kreisschulinspektor Marx, und als Leiter des höheren Schulwesens Dr. Colling berufen worden. Sämtliche Herren haben die Beibehaltung dieser Ämter davon abhängig gemacht, daß die Beamtenfrage in dem von den Beamten vertretenen Sinne geregelt werde, andernfalls wollen sie ihre Posten sofort wieder zur Verfügung stellen. Die Regierungskommission läßt jedoch durch den „Neuen Saarkurier“ bekannt machen: Die genannten Herren haben ihre Ernennung angenommen, und zwar ohne jeglichen Vorbehalt und im Einverständnis mit den politischen Parteien, welche sie der Regierungskommission vorgeschlagen haben. Der Streit, ob mit oder ohne Vorbehalt, wirkt noch fesselnder, wenn man hört, daß der deutsche Vertreter im Fünferat, Herr von Boch, sein Verbleiben in der Kommission von denselben Vorbehalten abhängig gemacht hat. Es ist bezeichnend, daß gerade die deutschen Teile der Regierung das Vorgehen der Kommission in der Beamtenfrage als ungerecht empfinden. Sie ist ungerecht den augenblicklich im Saarland tätigen Beamten gegenüber und gefährdend für das Deutschtum des Saarlandes während der Trennungszeit. Gelingt es der Regierung, durchzudrücken, daß sie Beamte nach eigenem Ermessen und Gutdünken anstellen und entlassen darf, dann wird sie sich bei der Besetzung der Stellen nicht darauf beschränken, nur die unmittelbar ihr untergeordneten Stellen mit fremdländischen und ihr genehmen Beamten zu besetzen, sondern wird dafür sorgen, daß die Beamenschaft in möglichst weitem Umfange in dem Sinne arbeitet, in dem sie bisher anscheinend den Gedanken einer Völkerbundsregierung auffaßt. Die Beamenschaft steht geschlossen den Absichten der Regierung, sie zur rückhaltlosen Annahme des Statutes zu zwingen, gegenüber und hat durch ihre Organisationen wiederholt erklärt, daß sie nicht um Haarsbreite von ihren berechtigten Forderungen abweichen werde. Die sozialdemokratische „Volksstimme“ ruft die Arbeiter zur Einigkeit mit den Beamten auf und weist sie auf die trüben Erfahrungen ihrer lothringischen Berufskollegen hin, die nach Ausmerzungen der deutschen Beamten landfremden Beamten überlassen sind, die für ihre Bedürfnisse und Wünsche, für ihren Geist und Charakter nicht das geringste Ver-

ständnis besitzen. In diesen deutschen Block der Arbeiter und Beamten suchen die französisch inspirierten Blätter Uneinigkeit hineinzutragen, indem sie mit allen Mitteln eine Verhetzung der Arbeiter gegen die Beamten betreiben. Hauptsächlich ist dies das Bestreben des „Neuen Saarkurier“, der nach seiner eigenen Versicherung auf Frieden, Ausgleich und Verständigung hinarbeitet und sich nur von ganz hohen Idealen leiten läßt. Die Erforschung und Enthüllung dieser Ideale hat sich besonders die Saarlouiser „Saarzeitung“ in der letzten Zeit zur Aufgabe gemacht, leider mit dem Erfolg, daß sie glaubt, „französisch“ zu verstehen, wenn der „Neue Saarkurier“ oder sein zweiter Aufguß, das „Saarlouiser Journal“, vom „Völkerbund“ spricht.

Der „Neue Saarkurier“ stellt allen denen seine Kräfte willig zur Verfügung, die Freunde der Frankennährung und Frankennährung sind. Ein Anonymus redete in einer langen Reihe von Artikeln der Frankennährung das Wort. Er appellierte klugerweise nur an den Magen der Leute, die von einer Frankennährung einen augenblicklichen, kurzen Gewinn hätten. Um Pensionäre, Rentner, überhaupt Leute mit einem festen Einkommen in Mark ging er ebenso vorsichtig wie um jede technische Angelegenheit der Frage herum. Nach seinem Vorschlag soll alles umlaufende Geld Frankennährung sein — aber jeder Gewinn oder jeder festliegende Wert auch fernerhin in Markwährung verrechnet werden. Die Anregung, die Lohnauszahlung in Franken zu verlangen, wurde bald von einem, durch den berichtigten Brief des Lothringers Becker gekennzeichneten Kreis aufgenommen und propagiert. Unter den Saarbergleuten tauchten Listen auf, in denen sich jeder namentlich eintragen sollte, um dadurch zu zeigen, er verlange Frankennährung. Nachdem der vom deutschen Bergarbeiterverband der Deutschen Nationalversammlung angeordnete Abgeordnete Schwarz in der „Volksstimme“ zugegeben hatte, daß der Verband offiziell diese Listen herausgegeben hatte, schrieb die „Saar-Post“ zur Kennzeichnung dieses Gebarens: Entlastend bestreitet der Abgeordnete Schwarz, daß diese Listen nach Frankreich geschickt werden sollten. Die Liste selbst brauche nicht an die französische Regierung zu gehen. Es genügt für die französische Presse die Mitteilung, daß so viele Tausende Bergarbeiter sich unterschrieben hätten für die Frankennährung festlegen, um daraus die gewünschten Schlüsse zu ziehen. Dem Abgeordneten Schwarz sei eine Frage gestellt: Dürfte ein französischer Abgeordneter, der sich zu einer solchen Handlung hergegeben hätte, ohne dazu im geringsten gezwungen gewesen zu sein, wieder nach Paris zu einer Kammerfrage kommen? Die Saarlouiser „Saarzeitung“ schreibt in einem ähnlichen, nur noch bedeutend deutlicheren Tone. Wie weit die westlich angehauchten Kreise und ihre deutschen Mitläufer Erfolg in dieser Sache haben werden, ist noch nicht abzusehen, doch ist zu vermuten, daß die Einführung des Franken allein schon an den technischen und rechtlichen Schwierigkeiten scheitern wird.

In einer Sitzung erstatteten die Fachausschüsse des Wirtschaftsrates Bericht über die bisherige Tätigkeit. Abgeordneter Koffmann teilte mit, daß demnächst eine Verordnung der Regierungskommission, die die Ein- und Ausfuhr nach dem Saargebiet regelt, herauskommen werde. Es wurde lebhaft Beschwerde darüber geführt, daß deutscherseits für das Saargebiet Exportpreise berechnet werden. Auf die Frage, wer den Grenzschatz bezahle, erklärte der Vorsitzende, die Regierungskommission werde die Kosten aus den Mitteln des Sondergerichtes bestreiten. Bei Besprechung der Kohlenfrage wurde erklärt, daß das Saargebiet nach dem Friedensvertrag seit März 1919 3¼ Millionen To. Kohlen zu beanspruchen gehabt, aber nur 2,4 Millionen von der französischen Bergverwaltung erhalten hätte. Es wurde in Vorschlag gebracht, mit einer Feststellungsfrage auf Lieferung der rechtmäßig zustehenden Kohlenmenge gegen den französischen Bergfiskus vorzugehen. Es soll jedoch erst das eingeforderte Gutachten eines amerikanischen und eines englischen Juristen abgewartet werden. Bei Besprechung des Wohnungswesens gab Abgeordneter Satorius seine persönlichen Eindrücke bei dem Empfang der Kommission beim Präsidenten Rault wieder, dessen Ergebnis die Wünsche der Bevölkerung keineswegs befriedigte. Abgeordneter Schmoll entgegnete ihm, daß der Geist der Saarbrücker Bevölkerung allerdings keine Gewähr biete, besser behandelt zu werden. Ueber die verschiedene Auffassung kam es zu dramatischen Szenen, bei denen sich Satorius und Schmoll mit bis zum persönlichen zugespitzten Anzüglichkeiten bedachten. Abgeordneter Hillenbrand, der zugunsten von Satorius in den Streit eingriff, erklärte mit donnernder Stimme, daß der Präsident Rault eine fertige Wohnungsverordnung vorgelegt habe, ohne die maßgebende Behörde zu fragen.

Andererseits versteht es Präsident Rault jedoch ausgezeichnet, seinen streng neutralen Standpunkt scharf zu vertreten. In der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Merzig gab der Vorsitzende Bauer Kenntnis von einem Schreiben, das der Präsident der Regierungskommission Rault an ihn gerichtet hat und das ungefähr lautet: „Im Laufe des Vormittages des 1. April ist am Bürgermeisteramt in Merzig eine deutsche



Fahne gehißt worden. Derartiges ist mit dem Geiste des Friedensvertrages nicht vereinbar und kann nicht geduldet werden. Es wäre nicht vorgekommen, wenn die Gemeindebehörde es nicht an Wachsamkeit hätte fehlen lassen. Ich erteile Ihnen einen ausdrücklichen Verweis, bei Wiederholungen haben Sie diesbezügliches Einschreiten zu gewärtigen. Rault.“ Herr Rault hat anscheinend vergessen, daß er unter den flatternden Tricoloren Frankreichs seinen Einzug ins Saargebiet gehalten und daß die Farben Frankreichs heute noch von allen öffentlichen Gebäuden im Saargebiet wehen, die die Franzosen beschlagnahmt haben. Das nennt man „neutral“!

Die infolge der Oktoberunruhen ausgewiesenen Bergleute Pistorius, Eder, Müller, Brüm, Schifowsky und Leinenbach, sämtlich aus Püttlingen, die ohne Erlaubnis in ihre Heimat zurückgekehrt sind, wurden von der Regierungskommission begnadigt. Auch die Begnadigung des seinerzeit ausgewiesenen Steigers Edel ist zu erwarten. Von einer eigentlichen Begnadigung kann hier nicht die Rede sein, da die Regierungskommission lediglich ein *Fait accompli* nochmals nachträglich bestätigt. Es ist überhaupt fraglich, ob die Regierungskommission die Ausweisungen, die von der französischen Militärverwaltung nominell aus militärischen Gründen vorgenommen worden sind, aufrechterhalten kann. Die „Saarbrücker Zeitung“ erhebt im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit für die von den französischen Militärgerichten wegen belangloser Vergehen mit drakonischen Strafen belegten, unschuldig Verurteilten erneut ihre Stimme und fordert für die betreffenden Personen eine vollkommene Amnestie. Zum mindesten müssen die harten Strafmaßnahmen einer eingehenden Revision unterzogen werden. Die „Saarbrücker Zeitung“ erwartet von der Regierungskommission, daß sie sich um die Angelegenheiten bekümmert und die Gelegenheit nicht vorübergehen läßt, die Humanität des Westens zu beweisen.

Die Anwesenheit des Direktors des Internationalen Arbeitsbureaus Albert Thomas und des Präsidenten der Internationalen Arbeiterkonferenz Fontaine wurde von dem Vertreter des Saarwirtschaftsrates benützt, die beiden Herren auf die Nöte und Wünsche des Saarvolkes aufmerksam zu machen. Thomas entgegnete darauf in französischer Sprache, er sei lediglich deshalb anwesend, um als Vertreter des Völkerbundes mit den Herren über die künftige Gestaltung der internationalen Arbeitsgesetzgebung zu beraten, er stehe außerhalb aller Politik. Er müsse auf der Basis der im Washingtoner Kongreß vereinbarten Prinzipien zu arbeiten suchen, zu denen auch die deutschen Delegierten ihre formelle Zustimmung telegraphisch gegeben, wenn sie auch an den damaligen Sitzungen nicht hätten teilnehmen können. Direktorialrat Fuhrmann antwortete den Herren in einer längeren Entgegnung, in der er vor allem darauf hinwies, daß im Saargebiet alle Gesetze, die vor dem 11. November 1918 erlassen wären und die Arbeitsregelung betrafen, auch weiterhin in Kraft blieben. Es sei damit nicht gesagt, daß die Gesetze derart stabil seien, daß sie nie geändert werden könnten, doch gehe aus § 23, Absatz 2 der Friedensbedingungen klipp und klar hervor, daß eine Änderung der Gesetze nicht einfach diktiert werden, sondern nur unter Zustimmung des ganzen Volkes vorgenommen werden könne. Die Arbeiterschaft im Saargebiet sei mit den in Teil 13 Abschnitt 2 des Völkerbundes niedergelegten Arbeitsgrundsätzen einverstanden, die in Deutschland zum Teil durch die soziale Gesetzgebung durchgeführt sei. — Stadtverordneter Berggrat Jakob regte in einem Schreiben an den Bürgermeister an, schon jetzt mit den Vorarbeiten für die Abstimmungslisten zu beginnen. Nach seiner Ansicht müssen die Listen so bald als möglich fertig gestellt werden, da jetzt noch einwandfrei festgestellt werden kann, wer zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages im Saargebiet wohnte und wer abstimmungsberechtigt ist.

Der „Neue Saarkurier“ bringt die Zuschrift eines Angehörigen der ehemaligen französischen Militärverwaltung Saarbrücken, die zu erklären sucht, wie und woher es gekommen sei, daß die militärischen Berichte über die Stimmung und den Geist der Bevölkerung an die Pariser Behörden in einem so rotsigen Ton gehalten gewesen seien. Die französische Militärverwaltung habe nämlich nicht auf ihre brutale Macht pochen wollen, sondern dem besiegten Gegner eine gewisse Freiheit lassen und so die Gegensätze zwischen Franzosen und Deutschen ausgleichen wollen, wobei sie es peinlich vermieden habe, sich in irgendeiner Weise der Bevölkerung aufzudrängen. In diesem Geiste hatte man auch die Berichte nach Paris abgefaßt, wobei man auf den guten Willen der Einheimischen, alles im versöhnlichen Geiste zu lösen, gerechnet habe. Schließlich stehe der Saarländer dem Franzosen doch noch etwas näher, als etwa ein Neger oder Monagole. (Dies Kind, kein Engel ist so rein.)

Der Gewerksverein christlicher Beraarbeiter hat beim Landratsamt Saarbrücken gegen die unerwünschten Verkäufe und Verpachtungen von Land an Lothringer Verwahrung eingelegt. Daraufhin hat das Landratsamt eine Verfügung

an den Grenzschutz und die Bürgermeistereien des Kreises erlassen, die wie folgt lautet: „In letzter Zeit werden im Kreise in den Grenzbezirken vielfach von Lothringern landwirtschaftliche Grundstücke angepachtet. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Betreffenden, falls sie beabsichtigen sollten, die Grundstückerzeugnisse aus dem Kreise auszuführen, auf eine Ausfuhrgenehmigung nicht zu rechnen haben. Die Ablehnung der Ausfuhr wird grundsätzlich in allen Fällen erfolgen. — Die Verfügung des Landratsamtes deutet an, daß der offizielle und inoffizielle Schmuggel über die lothringische Grenze trotz der Grenzsperrn nicht behoben ist und daß die Saarländer nach wie vor unter der Ausraubung durch die Lothringer leiden. — Am Abend des 18. haben in der Gerichtstraße in Saarbrücken drei marokkanische Soldaten einen Saarbrücker Goldschmiedemeister überfallen, niedergeschlagen und ihm für 75 000 Mark Brillanten und 618 Mark bares Geld geraubt. — Wie es mit der gepriesenen Freiheit unter der glorreichen Regierung der Vereinigten Völker zum Zwecke ihrer Versöhnung zur Erreichung eines gegenseitigen Verständnisses aussieht, wurde durch das Verhalten einzelner Mitglieder der Fünferkommission der Völkerbundregierung in Saarbrücken der von ihr selbst versprochenen Pressefreiheit gegenüber sehr nett illustriert, als die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken anlässlich der Besetzung Frankreichs einen der französischen Militärbehörden nicht ganz zulagenden Artikel veröffentlichte. Nach dem Erscheinen des Artikels fühlte sich der streng neutral sein sollende dänische Vertreter in der Kommission, Graf Moltke, veranlaßt den betreffenden Redakteur aufzufordern, in der nächsten Nummer eine Erklärung seines Bedauerns über den Artikel zu bringen. Als sich der Redakteur darauf nicht einließ, drohte Graf Moltke ihm mit der Verhaftung. Die Erklärung des Bedauerns erschien natürlich nicht, da sich das Saarvolk einbildet, unter der neutralen Völkerbundregierung auch seinem wirklichen Empfinden rückhaltlos Ausdruck geben zu dürfen. Nun griff Graf Moltke zur Gewalt. Eine französische Polizeipatrouille von drei Mann drang in die Redaktion der Volksstimme ein, fand aber den Redakteur nicht vor; darauf zog die Patrouille wieder ab, holte sich Verstärkung und umstellte das väterliche Haus des Redakteurs, um ihn dort abzufassen. Gute Freunde und getreue Nachbarn verhinderten aber die Verhaftung des betreffenden Herrn. — Im Stadtteil Burbach der Stadt Saarbrücken haben französische Kolonialsoldaten wieder einmal eine schwere Ausschreitung verübt. In der ersten Stunde befand sich ein Dienstmädchen aus der Neustraße auf dem Heimweg. Plötzlich wurde es in der Nähe der Straße von zwei Marokkanern angefallen, zu Boden geworfen und vergewaltigt. Als die Mißhandelte sich zur Wehr setzen wollte, wurde sie von den gelben Kulturbringern mit Erstechen bedroht. Die Ueberfallene hat Strafanzeige erstattet. Ob die polizeilichen Ermittlungen jedoch zu einem Resultat geführt haben, ist nicht bekannt. Das scheußliche Verbrechen, dem wieder ein junges Mädchen der Stadt Saarbrücken zum Opfer gefallen ist, wurde bereits am Samstag, also vor rund einer Woche, verübt, und ist erst jetzt von der Kriminalpolizei den Zeitungen bekanntgegeben worden.

Wahrscheinlich hat die französische Polizeibehörde, die im Saargebiet immer noch arbeitet oder auch der von der Völkerbundskommission eingesetzte französische Oberste Polizeidirektor des Saargebietes die Veröffentlichung der Schandtat bis heute verhindert.

## Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

**Stadt und Land.** Die „Saarbrücker Zeitung“ beschwert sich über die passive Resistenz, die das Stadtverordnetenkollegium seinen Rechten, sich für das Stadtwohl zu betätigen, entgegensetzt. Sie streikten, ohne in den Streik getreten zu sein. Eine Neuausschreibung der Kommunalwahlen sei schon wegen der Uebermüdung der alten Stadtväter unumgänglich nötig. — Die Zweigstelle der früheren Intendantur des 16. Armee-Korps in Saarlouis führt fortan die Bezeichnung „Finanzverwaltung Saarlouis“. Sie führt ihre Dienstgeschäfte in der bisherigen Weise weiter. — Für den Restkreis Merzig-Wadern und den Kreis Saarburg ist ein gemeinsames Finanzamt in Saarburg vorgesehen. — Die deutsch-demokratische Partei im Saargebiet veröffentlicht ihr auf das Staatswesen des Saargebietes zugeschnittenes Programm in Hinblick auf die in Aussicht stehenden Kommunalwahlen. Als den wichtigsten Grundsatz des Völkerbundes und die Vorbedingungen eines künftigen Friedens betrachtet die Partei das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Sie will die völkische Eigenart der Landesbewohner und deren Zusammenhänge mit der Kultur der Vordäter aufrechterhalten wissen. Sie fordert ein mit allen Rechten der Beratung, Beschließung und Initiative und mit Immunität durch seine Mitglieder ausgestattetes Parlament für das Saargebiet. Im übrigen hält sie sich an die Richtlinien der großen deutsch-demokratischen Partei, wie sie in deren Programm festgelegt sind. — Die von der S. P. D. und U. S. P. D. beabsichtigte Einigung in eine sozialistische Partei des Saargebietes ist nicht zu-



stande gekommen, weil über die theoretischen und organisatorischen technischen Fragen zwischen den beiderseitigen Parteivertretern trotz mehrfacher Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte. — Der Stadtrat von St. Ingbert, der geschlossen sein Mandat niedergelegt hatte, hat sich jetzt wieder entschlossen, mit Rücksicht auf die zurzeit völlig ungeklärten Verhältnisse im Saargebiet seine Tätigkeit bis zur Abhaltung von Neuwahlen fortzusetzen. — Nach amtlichen Mitteilungen beabsichtigt die Regierungskommission des Saargebietes durch ihr Generalsekretariat ein eigenes Amtsblatt verbunden mit öffentlichem Anzeiger erscheinen zu lassen. Das Blatt erscheint Sonnabend erstmalig am 17. April. Für Gemeinden und sonstige kommunalen Verbände ist ein Zwangsabonnement vorgesehen. — Wie die Zeitungen schon verschiedentlich berichtet haben, ist mit den Saarmarken ein schwunghafter Schleichhandel getrieben worden. Die neuen Marken mit dem Aufdruck „Saargebiet“ sind in demselben Maße diesen Spekulationen in die Hände gefallen. Sie sollten erst offiziell am 9. April ausgegeben werden und wurden trotzdem schon acht Tage vorher in Köln und Aachen durch Händler verkauft. Für die Marke von 80 Pfennig, die im freien Verkehr nicht zu bekommen ist, wird hintenherum 80 Mark pro Stück bezahlt. — Zwei Saarbrücker Buchdrucker haben die Freimarken mit dem Aufdruck „Sarre“ in großem Umfange gefälscht. Es wurden in ihrem Besitze noch mehrere Bogen dieser Freimarken gefunden. Die gefälschten Briefmarken machen einen großen Teil der im Briefmarkenhandel befindlichen Marken aus. — Die Saarbrücker Kriminalpolizei verhaftete einen aus London stammenden Arbeiter, der einem jungen Manne aus Dudweiler 2110 Mark in deutschem Golde abkaufen wollte. Das Goldgeld wurde beschlagnahmt und der Schieber dem Sondergericht vorgeführt. — Die Strafkammer Saarbrücken verurteilte den Bergmann Johann Bernhard aus Spiesen wegen schwerer Körperverletzung, begangen gegen die eigene Mutter, zu 1 Jahr Gefängnis. — Am Bahnhof Bexbach wurde ein für eine Saarbrücker Großfirma bestimmter Waggon erbrochen und für 15 000 Mark Schinken gestohlen. — Von einer Patrouille der Grenzschutzwache konnte an der Lothringer Grenze ein Saarbrücker Kaufmann abgefaßt werden, der für über 1000 Mark Waren über die Grenze schmuggeln wollte. Eine andere Patrouille derselben Wache überraschte mehrere Schieber, als sie im Begriff waren, große Mengen Kognak, Butter, Hefe und andere Dinge zu verschärfen. — Werkmeister Jakob Binder (Neunkirchen) der elektrischen Zentrale rettete durch Einsetzen des eigenen Lebens ein Kind des Milchhändlers Johann in der Nähe der Zentrale aus dem alten Bliesbette vom Tode des Ertrinkens.

**Wirtschaftliche Nachrichten.** Für die Pensionäre, Witwen und Waisen des Saarbrücker Knappschaftsvereins ist vom 1. März ab eine 50prozentige Erhöhung der bisherigen Arbeitgeberzulage bewilligt worden. — Die Gesellschaft der französischen Industriellen und Kaufleute des Saargebiets (L'association des industriels et commerçants français de la Sarre) hat beschlossen, sich in eine Handelskammer zu verwandeln. Eine Kommission ist ernannt worden, um diese Umbildung zu studieren und die Frage der Zulassung von Saarländern zu dieser Handelskammer zu prüfen. — Den doppelten Fahrpreis an Sonntagnachmittagen hatte bekanntlich die Saarbrücker Straßenbahn eingeführt. Der „Erfolg“ dieser unverständlichen Maßnahme war ein „Streik“ der Fahrgäste, die Wagen fuhren leer, die Einnahme war gleich null. Die Straßenbahn war ob dieser Erfahrung etwas klüger geworden und begnügte sich wieder mit dem einfachen Fahrpreis. — Der Ortslohn für den Bezirk des Versicherungsamtes für die Stadt Saarbrücken ist wie folgt neu festgesetzt: Für männliche Arbeiter unter 16 Jahren auf 3 M., von 16 bis 21 Jahren 5 M., über 21 Jahren auf 7 M.; für weibliche Arbeiter unter 16 Jahren auf 2,40 M., von 16 bis 21 Jahren auf 3,40 M., über 21 Jahren auf 4,80 M. täglich. — Die Baumwollspinnerei Schuler u. Co. in St. Ingbert wird am 1. Mai ihren Betrieb wieder aufnehmen. — Die in der Fürstenstraße in Saarbrücken liegende altbekannte Wirtschaft „Zum Nähtörchen“ mit Regelbahn und Hofraum, wo während des Krieges eine Kompanie Infanterie lag, ging zum Preise von 160 000 M. von Herrn Oster in den Besitz einer Straßburger Filmgesellschaft über, die dort ein modernes Kino errichten will. Hierzu wird das ganze Anwesen umgebaut werden. — Nach einer Mitteilung des Beamtenbundes des Saargebietes ist das Gesuch um Verlegung des Saargebietes in die Steuerungskategorie vom Finanzministerium abschlägig beschieden worden, da nach Ansicht des Finanzministeriums eine besondere Zuspitzung für die Verhältnisse im Saargebiet durch die Einordnung in das französische Zollsystem herbeigeführt worden sei, und der Finanzminister seit dieser Zeit für das Saargebiet nicht mehr zuständig sei. — Der Beamtenausschuß der Eisenbahndirektion Saarbrücken hat in Anbetracht der besonderen Teuerung im Saargebiet die Gewährung einer sofort auszahlabaren Ausgleichszulage zwischen Gehaltsgeldern und Arbeitslöhnen beantragt. Der Antrag wird unter Begründung einer besonderen Kommission dem Minister

der öffentlichen Arbeiten in Berlin überreicht werden. — Die Gesamtzahl der Arbeiter auf den in französischem Besitz befindlichen preußischen und pfälzischen Saargruben beträgt nach einer neuerlichen Aufstellung zurzeit 46 435 Arbeiter unter Tag und 15 346 über Tag. In den mit den Gruben verbundenen Betrieben arbeiten 897 Personen, so daß sich die Gesamtzahl der Arbeiter auf 63 778 stellt. Dazu kommen noch weitere 2801 Ingenieure und Angestellte. Die Netto-Tagessteinkohlenproduktion eines jeden unter und über Tag befindlichen Arbeiters betrug im Monat Januar auf die Gesamtproduktion umgerechnet 446 Kilogramm. — Einen besonders starken Aufschwung hat im Saarland die Zigarrenindustrie genommen. Zahlreiche große, mittlere und kleinere Zigarrenfabriken wurden ins Leben gerufen, ein Verband der Zigarrenfabrikanten des Saarlandes wurde gebildet; das Anwachsen der Tabakindustrie ist darauf zurückzuführen, daß sich das Saargebiet schon jetzt darauf einstellen will, seinen eigenen Bedarf an Tabakfabrikaten selbst zu decken, da in fünf Jahren nach Aufhebung der Zollfreiheit deutsche Tabakfabrikate durch das französische Tabakmonopol im Saargebiet unerschwinglich sein werden. — Durch eine Verfügung der Reichsstelle für Textilwirtschaft ist bestimmt worden, daß, soweit die Textilindustrie in Frage kommt, die Mitarbeit der in Frage kommenden Außenhandels- oder Zentralstellen an der Ausfuhr nach dem Saargebiet für die Zukunft fortfällt und daß sämtliche Textilausfuhrverträge von der Berliner Zweigstelle der Handelskammer Saarbrücken unmittelbar der Auslandsabteilung der Reichsstelle für Textilwirtschaft zuzuleiten sind. — Die „Saarwirtschaftszeitung“ führt in einer Besprechung der Wirtschaftslage des Saargebiets deren fortgesetzte Verschlechterung auf den immer größer werdenden Kohlenmangel zurück, der durch die ungenügende Belieferung seitens der in französischen Besitz übergegangenen Bergverwaltungen hervorgerufen wurde. Die französische Grubenverwaltung hat den einzelnen Werken bisher nur ein viertel bis höchstens einhalb der im Friedensvertrag zugesagten Normalmenge von 1913 geliefert und dabei hatten die gelieferten Normalen noch 15 bis 37 Proz. Aschengehalt. Der zweite Grund des Niederganges des wirtschaftlichen Lebens an der Saar ist die unverantwortliche Nachlässigkeit, durch die die Zolllieferung bei der Einfuhr im Saargebiet verzögert wird. — Die „Homburger Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Mietsklaven“: „Täglich werden im Saarlande Häuser und Grundstücke von Franzosen angekauft. Meist sind es französische Gruben- oder auch Zollbeamte, die sich dank der miserablen Valuta sozusagen für ein Linsenmus Häuser kaufen. Dahinter wittert man aber wohl einen politischen Hintergrund. Zweifelsfrei strebt man dahin, bei späteren Abstimmungen ein Übergewicht zu erzielen. Und dabei wohnt in Ludwigsthal seit bereits vier Wochen eine siebenköpfige Familie in einer Scheune.“

**Vereinsnachrichten.** Sportverein Saar 05 errang in Wiesbaden gegen den Meister des Maingaues seinen zweiten Sieg. — Der Sängerverband des Saarlandes beschloß in einer Delegiertenversammlung, am 9. Mai seinen dritten Sängerabend im Saalbau zu Saarbrücken zu veranstalten. — Die Ortsinteressenvereine im Saarlande schließen sich zu einem großen Verbände zusammen, um eine einheitliche und zweckdienliche Lösung der im neuen Staatsgebilde entstandenen Fragen zu erreichen. — Der Bezirksverein Deutscher Ingenieure hielt in Saarbrücken seine dritte Jahresversammlung ab. Geh. Hofrat Prof. Dr. Heffter sprach dabei in einem Vortrag „Ueber Einsteins Relativitätstheorie“. — Ein neuer Grundbesitzerverein wurde in Ottenhausen gegründet. — Die Ortsgruppe Neunkirchen des Saarwaldvereins hat in den Ostertagen ihre erste Tageswanderung unternommen und zwar nach Kirkel-Wörschweiler. — Der Turnverein Elversberg veranstaltet wieder seine sonntäglichen Wettkämpfe. — Ein St. Josephs-Verein hat sich in Bexbach unter Leitung des Pfarrers Hoffmann endgültig gebildet. — In der Ludwigskirche Saarbrücken gastierte das Leipziger Soloquartett für Kirchengesang unter Leitung des Prof. Röthig.

**Pfalzgebiet.** Wegen einer fingierten Anzeige in der „Homburger Zeitung“ standen der Redakteur Bremauer und der Führer der Homburger U. S. P. Peter vor Gericht. Weil auf Umwegen ein Dankinserat „für das energische Eintreten des U. S. P.-Führers“ in das genannte Blatt gelangt war, stellte der Redakteur eine Verfolgung wegen Urkundenfälschung in Aussicht. Peter drehte den Spieß um und klagte wegen Beleidigung. Das Gericht war anderer Ansicht und bürdete ihm die Kosten des Verfahrens auf. — Für die Gemeindevorgaben der Stadt Homburg wird unter Berücksichtigung weiterer Berufungen ein Soll von 205 000 M. angenommen, so daß bei 270 Proz. ein Umlagensoll von rund 554 000 M. sich ergibt. Da für 1919 infolge Milderung des Umlagenfußes die Steuern zur Umlagenberechnung in anderer Weise anzusehen sind, erhöht sich der Hundertsatz gegenüber 1918 um 34,78 Proz. — Das Bezirksamt Homburg hatte bei der letzten Volkszählung 1919 eine Einwohnerzahl von 80 122. Bei der Zählung von 1910 waren



74 849 und bei der Zählung von 1910 waren nur 62 565 Personen vorhanden. — Bei der Erbach-Regulierung bei Homburg wurden die Grundmauern einer römischen Wassermühle aufgedeckt in der Flur an der ehemaligen Lohmühle. — Der ledige Bergmann Karl Stein von Mittelbergbach wurde auf dem Heimweg von der Bergbacher Grube von einem Manne überfallen und jammervoll verprügelt. Als Täter kommt ein besserer Herr von Bergbach in Frage, der ein Liebesverhältnis des Verletzten mit der Tochter des Täters nicht dulden will. Gedruckte Flugblätter fordern nun die Verfolgung und Entfernung des Täters aus der Gemeinde.

**Personalnachrichten.** Rechtsanwalt Stenglein, Homburg, hat die ihm vom Fünfferrat angetragene Stellung als Direktoratrat abgelehnt. — Es wurden versetzt: Die Amtsgerichtsssekretäre Schuster in Lebach an das Amtsgericht nach Saarbrücken, Lenz in Baumholder nach Hillesheim, Dief in Saarlouis an das Landgericht nach Saarbrücken; der Amtsgerichtsassistent Ackermann in Böcklingen nach Sulzbach. — Der Gymn.-Lehrer am Progymnasium St. Ingbert Haberl zum Professor an der Oberrealschule Ludwigshafen befördert; der Assistent an der Oberrealschule Ludwigshafen Dr. Schmidt zum Gymn.-Lehrer am Progymnasium St. Ingbert ernannt. — Sein 25jähriges Dienstjubiläum konnte am 1. April der Gemeindeeinnehmer, Rentmeister Engel in Wallerfangen, ein geborener Lebacher, feiern. Aus diesem Anlaß fand am vergangenen Mittwoch im Restaurant Budenz in Saarlouis eine kleine Feier statt, an der sämtliche Kollegen des Jubilars teilnahmen. — Zu Polizeikommissaren befördert wurden die bisherigen Polizeioberwachmeister Lang, Heldt, Weides und Driesch in Saarbrücken; Polizeikommissar Krämer aus Kirn wurde unter gleichzeitiger Ernennung zum Kriminalkommissar zur Saarbrücker Kriminalabteilung versetzt. Polizeioberwachmeister geworden sind die bisherigen Polizeiwachmeister Knoll, Kleemann, Henrich, Schulz 1, Querschfeld, Hildebrandt, Vogel und Kiefer. Die Kriminalwachmeister Wollschläger und Meurer wurden zu Kriminal-Oberwachmeistern befördert. Die bisher zur Kriminalabteilung kommandierten Polizeiwachmeister Kieß, Meinhold, Leskow, Edert und Bartholomae wurden zu Kriminalwachmeistern ernannt. — Pfarrer Bergmann wurde von Heiligenwald nach St. Wendel versetzt. — Regierungs- und Baurat Dr.-Ing. Spiro wurde von Trier zur Eisenbahndirektion Altona und Regierungs- und Baurat Mörchen in Trier zum Eisenbahnzentralrat nach Berlin versetzt. Dem Regierungs- und Baurat Froese wurde die Stellung eines Mitgliedes der Eisenbahndirektion Saarbrücken übertragen. — Der Syndikus des Schutzvereins für Handel und Gewerbe Dr. Meyer in Saarbrücken hat einen Ruf an die Handelshochschule in Mannheim angenommen. — Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe haben erhalten die Postsekretäre Karl Helmes und Joh. Zimmer, Polizeisekretär Schaffner, Polizeioberwachmeister Walter, Polizeiwachmeister Fischer, berittener Polizeiwachmeister Schulz 3, Aushilfs-Polizeiwachmeister Jungbluth und die Bureauhilfsarbeiterin Maus, sämtlich bei der Polizeidirektion Saarbrücken tätig. — Staatsanwalt Heinzmann, bekannter Dezerent für Kriegswirtschaftssachen bei der Saarbrücker Staatsanwaltschaft, ist als Dezerent für den Clearing-Verkehr mit Frankreich in das Reichsausgleichsamt Berlin berufen worden. — Zur Bearbeitung des Volksschulwesens des Kreises St. Wendel und des Pfalzteils beim Saargebiet wurde der Lehrer Liell von der Regierungskommission berufen. Zum Regierungsssekretär bei der Saarregierung wurde der bisherige Kreisassistent Jakob Klotz aus St. Wendel ernannt.

**Todesfälle.** Der kommiss. Bürgermeister von Saarbrücken August Klein starb nach einem arbeitsreichen Leben in treuester Pflichterfüllung im 71. Lebensjahre in Heidelberg, wo er Heilung von seinen Leiden suchte. Die „Saarbrücker Ztg.“ schreibt in einem Nachruf: „Man darf wohl sagen, daß Herr Klein mit diplomatischem Geschick und unerschrocken nach besten Kräften dort eingetreten ist, wo es galt, die Interessen der Bevölkerung zu wahren und ihre Rechte sicherzustellen. Er hat aus der Ungunst der gegebenen Lage herausgeholt, was irgend herauszuholen war und es dabei niemals an der nötigen Energie fehlen lassen. Wenn seine Stimme oft vergeblich ertönte, Probleme ungelöst blieben, wenn nicht alles so geworden ist, wie er selbst es gerne gewünscht und wie es im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Großstadt notwendig gewesen wäre, so ist das ganz gewiß nicht die Schuld des nun entschlafenen komm. Bürgermeisters, sondern die Macht unabänderlicher Verhältnisse. Bürgermeister Klein darf für sich in Anspruch nehmen, das städtische Schiff mit sicherer Hand durch die Klippen gesteuert und seiner Vaterstadt einen bleibenden Dienst geleistet zu haben. Die Bürgerschaft wird Herrn Klein für sein großes Opfer und sein Wirken aufrichtigen und herzlichen Dank wissen.“ — Gestorben sind ferner: Joseph Fries, Bankbeamter, Saarbrücken; Leopold Levy, 85 Jahre, Saarlouis; Elisabeth Müller, 77 Jahre, Spießen; Nikolaus Leibenguth, Bäckermeister, 63 Jahre, Altenwald; A. Hirsch, Schuhmachermeister, 87 Jahre, Homburg Pf.; Johann Huth, Dachdeckermeister, 55 Jahre, Saarbrücken; Peter Klein III,

Steiger, 54 Jahre, Heiligenwald; Julius Stern, 50 Jahre, Lebach; Emma Loebl, 66 Jahre, Saarbrücken; Philipp Kemp, städt. Rohrmeister, 58 Jahre, Saarbrücken; Bernhard Oberhofer, 23 Jahre; Friedrich Martiny, technischer Eisenbahn-Obersekretär, 46 Jahre; Marie Junter, geb. Gussenberger, 53 Jahre; Franz Keller, Schlafhausmeister, Veteran 1870/71; Paul Prügel, Kaufmann, 43 Jahre; Christian Müller, Schlosser, 26 Jahre; Gustav Heide, Gütervorsteher, 65 Jahre; Philipp Kradenberger, Rentner, 77 Jahre; Fr. Louise Bauer, 74 Jahre; Peter Holz, Magazinarbeiter — sämtlich Saarbrücken; Barbara Jungfleisch, 22 Jahre, St. Ingbert; Mia Reil, Homburg; Wilhelm Pierson, 61 Jahre, Sulzbach; Joh. Konz, Steiger, 54 Jahre, Neudorf; Friedrich Bruchhaus, Stuhlmachermeister, Veteran 1870/71, 74 Jahre, Saarlouis; August Thinner, Leutnant und Kompagnieführer, am 28. 8. 18, 29 Jahre, Bildstock; Kath. Kläcker, Industrielehrerin, 56 Jahre, Altkessel; Friedrich Jung, Hauptlehrer, 74 Jahre, Homburg; Peter Kolling, Veteran 1870/71, Remmetsweiler; August Wagner, Bergschüler, 20 Jahre, Reunkirchen; Pauline Wichmann, Lehrerin, Friedrichsthal; Luise Knerer, geb. Kiederer, 31 Jahre, Querschied; Eduard Weinlig, Senator, 88 Jahre, in Hamburg-Harburg.

## Aufruf an die deutsche Studentenschaft.

### Kommilitonen und Kommilitoninnen!

Durch den Friedensvertrag sind Millionen deutscher Brüder unter Fremdherrschaft getreten. Am schwersten aber leidet die reindeutsche Bevölkerung an der Saar. Die Deutschen in den abgetretenen Gebieten sehen ihre Zukunft klar vor Augen. Ihre staatliche Stellung ist festgelegt: danach können sie ihre Entscheidung treffen. Die Deutschen der Abstimmungsggebiete werden in absehbarer Zeit über das Schicksal ihres Landes zu entscheiden haben. Die besetzten Rheinlande wissen, daß sie eines Tages ihre Freiheit wiedererlangen.

Dunkel ist dagegen das Schicksal der Saarlande. Die jahrhundertalten Bestrebungen des Frankreichs, des königlichen, des kaiserlichen und heute des republikanischen, dieses Gebiet mit seinen reichen Kohlenschätzen dem französischen Staatsverbande einzuverleiben, sind bekannt. Die Urheber der Friedensbestimmungen von Versailles mußtens es sich versagen, der französischen Absicht auf das Gebiet offen entgegenzukommen, denn eine Zuteilung dieses reindeutschen Gebiets, wo auch nicht die Spur einer Mischbevölkerung zu entdecken, wäre doch ein zu offener Schlag ins Gesicht des Nationalitätsprinzips gewesen. Aber sie faßten die Bestimmungen so, daß den Franzosen Tür und Tor geöffnet ist, in dieses Gebiet ihre Einflüsse hineinzuleiten, um dann, wenn nach 15 Jahren die Abstimmung erfolgen soll, die Früchte ihrer Bemühungen ernten zu können.

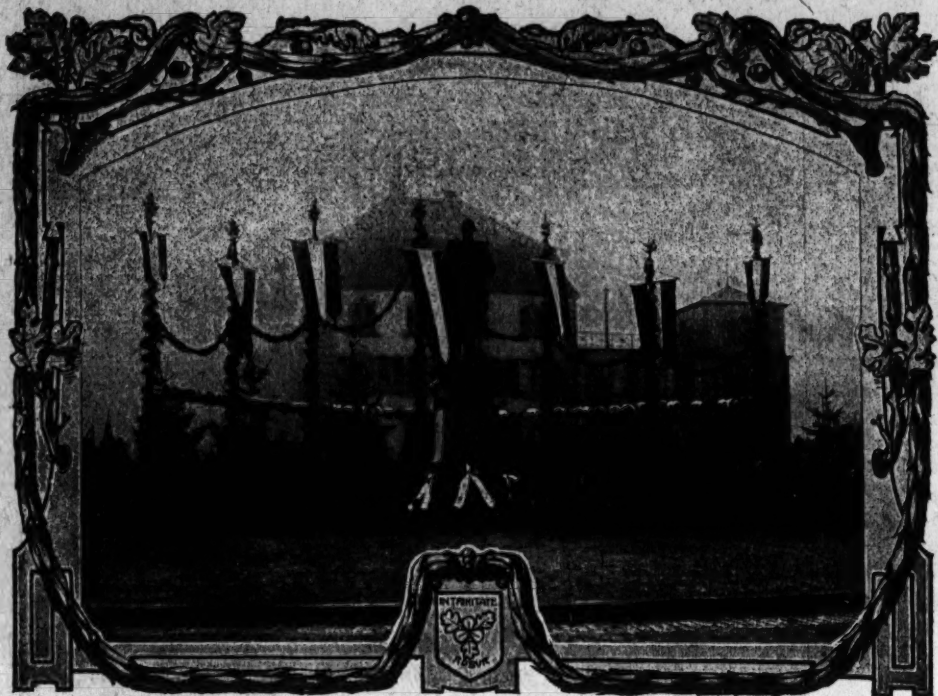
Kommilitonen und Kommilitoninnen, danach könnt ihr beurteilen, unter welchem moralischen und materiellen Druck die Deutschen an der Saar heute schon stehen und während der 15 Jahre stehen werden. Es ist eine aufrechte deutsche Bevölkerung aus gutem Schrot und Korn, mit einem heißen, deutschen Herz in der Brust, glühend begeistert von einer Vaterlandsliebe, die ihnen aus den Zeiten ihrer Väter, die ständig treue Wacht an der Saar hielten und allen Einfällen der Franzosen mannhaft Widerstand leisteten, eingepflanzte wurde. Mit Zuckerbrot und Peitsche bearbeitet sie heute eine fremde Macht und diese wird sie während 15 Jahren das Joch des Siegers fühlen lassen, um sie müde zu machen.

Nichts erwartet das treue Volk an der Saar von seinen deutschen Volksgenossen im freien Deutschland als moralische Hilfe und moralischen Schutz.

Kommilitonen! Ihr, die ihr Männer sein werdet, wenn die Entscheidung über das Geschick eurer Brüder an der Saar fällt, müßt sagen können: Wir haben unsere Pflicht unsern Volksgenossen gegenüber getan, die Unerträgliches dulden mußten, damit Deutschland in Frieden leben konnte. Helft darum denen, die sich zur Aufgabe machten, das Los der Deutschen an der Saar zu erleichtern, die darüber wachen, daß das Unrecht, das den Saarländern geschehen ist, nicht noch vergrößert wird.

Denkt, daß die Deutschen an der Saar die Folgen des Unglücks, das Deutschland betroffen hat, tragen müssen, und daß sie es tragen, nur damit Deutschland wieder frei atmen kann. Laßt sie nicht in der Not allein! Reicht ihnen die Hände über den feindlichen Wall hinüber, damit sie wissen, sie sind nicht vergessen, damit sie wissen, die deutsche Jugend hält den Gedanken hoch: Das deutsche Land an der Saar muß wieder freies, deutsches Land werden.





Bismarckdenkmal in Saarbrücken im alljährlichen Flaggenschmuck  
des 1. April.

Kommilitonen! Tretet darum geschlossen in die Reihen des „Saar-Vereins“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, euren Brüdern an der Saar treu zur Seite zu stehen, sie nicht schutzlos der Willkür der fremden Macht preisgeben läßt.

Den Mittelpunkt dieser Bestrebung bildet die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin SW 11, Königsgräber Straße 94. Meldet euch einzeln oder in corpore bei seiner Geschäftsstelle. Wer mehr geben kann, soll bedenken, daß Großes auf dem Spiele steht, daß Tausende von Flüchtlingen und Ausgewiesenen auch der materiellen Unterstützung harren. Und die vielen Reisenden aus dem Saargebiet tragen die Kunde von der Hilfsbereitschaft des deutschen Volkes und auch der deutschen Jugend zurück in das unglückliche Land, das in treuer Gesinnung der Erlösung aus fremder Knechtschaft harret.

„Saar-Verein“, Berlin.

## Gruß an das einige deutsche Saarvolk!

Die in Württemberg lebenden Saarländer und Pfälzer, mit zahlreichen württembergischen Freunden der Saarlande zusammengeschlossen in der „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“, haben mit Stolz, Freude und Dank die Nachrichten von der überwältigenden Rundgebung der Bevölkerung der Saarlande, von ihrem kraftvollen Bekenntnis zum Deutschtum am 12. März vernommen.

Wir danken Euch, Brüder an der Saar, von ganzem Herzen!

Wir gedenken Euer in Treue, wir leiden mit Euch, wir hoffen mit Euch, wir arbeiten für Euch.

Bleibet treu dem deutschen Vaterlande, erziehet Eure Kinder deutsch, bekennet Euch immer wieder zum Deutschtum! Waret deutschen Wesen, deutsche Sitte, deutsche Treue, deutsche Kraft — um dann nach langen 15 Jahren, in denen Ihr von uns getrennt seid, jubelnd zu uns zurückzukehren, zu dem gemeinsamen deutschen Vaterlande und mit ihm vereint zu bleiben bis in fernste Zeiten!

Wir werden bei jeder Gelegenheit im Reich und im Ausland für Euch und Eure deutschen Rechte eintreten, werden immer wieder Zeugnis dafür ablegen, daß Ihr unsere deutschen Brüder seid nach Blutsverwandtschaft, Sprache, Sitte, Kultur und nach dem über alle vorübergehende Verdunklung erhabenen und strahlenden Zeugnis der Geschichte!

Deutschland, Deutschland über alles!

Stuttgart, den 16. April 1920.

Vereinigung gegen die Lostrennung unseres  
Saargebietes und der Rheinpfalz  
(Sitz Stuttgart).

J. A.: Otto Teich, Balgheim, 1. Vorsitzender.

## Die Franzosen in der Pfalz.

(Schluß).

Das eigentliche politische Programm der Franzosen enthielt zwei verschiedene, aber innerlich ineinandergreifende Forderungen. Sie lauten nach Jacquot:

1. Wirtschaftliche Vereinigung der Pfalz mit Frankreich.
2. Proklamation der politischen Unabhängigkeit des Landes.

Nach während des diplomatischen Ringens in Versailles galt es, so etwas wie einen pfälzischen Volkswillen hervorzuzaubern, der sich auf die beiden Endziele festlegte — vielleicht geschah es, daß sich unter dem Eindruck solcher Willensäußerungen Wilsons Strupel gegen jede Art auch verhüllter Annexion beruhigten. Diese Politik nahm ihren Ausgang von der wirtschaftlichen Fürsorge für die von Deutschland abgetretene Pfalz.

Der Endeffekt war rein politisch. Jacquot wirft einmal die Frage auf: könnten wir an die Stelle des „preußischen“ Zollvereins nicht „notre Zollverein à nous“ setzen? Oder wie er es ein anderes Mal, nicht so offen, aber um so schwungvoller formuliert: „enlever à la Prusse le contrôle économique du Palatinat, de pays rhénans, de la Westphalie . . . pour le confier aux puissances de la civilisation ou à la Société des Nations.“ Wie der Major sich die wirtschaftliche Kontrolle durch den Völkerbund denkt — der Völkerbund wird vermutlich nur als

redensartliche Attrappe verwendet —, mag dahingestellt sein. Die leitende Idee aber liegt völlig klar: die deutsche Wirtschaftseinheit ebenso zerstören, wie man die deutsche Einheit für immer unmöglich machen will.

Um die Pfälzer für solche Pläne, die zunächst nur in der harmlosen Verhüllung wirtschaftlicher Fürsorge sich hervorwagten, zu gewinnen, mußte das Militär etwaigen schwankenden Gemütern jede Angst vor Deutschland zu nehmen suchen. So erklärte denn Marschall Foch auf die im Februar gefasste Resolution einer kleinen Gruppe von Landauer Französlingen: „die Pfälzer könnten offen sprechen; es würden ihnen Garantien gegeben werden, daß sie handeln könnten, ohne die Rückkehr der deutschen Behörden befürchten zu müssen.“ Noch viel eindeutiger hat sich auch General Gérard, unter direkter Berufung auf Foch, nach dem Wortlaut eines offiziellen französischen Protokolls vom 8. März zu zwei Zentrumsabgeordneten ausgesprochen:

„Sie können die Herren versichern, daß sie mit den deutschen Regierungen rechts des Rheins nichts mehr zu tun haben werden. Die Tätigkeit der deutschen Regierung wird am Rhein aufhören. Die Volksteile des linken Rheinufers können sich darüber äußern wie sie wollen: einen unabhängigen Staat oder mehrere unabhängige Staaten oder sonst einen modus vivendi.“

Die Pfälzer, die sich von ihnen betören ließen, werden die Kriegslist, die dahinter steckte, später aus einer in deutsche Hände gefallenen geheimen Dienstanweisung vom 16. März erfahren haben, die aus demselben Bureau (5<sup>me</sup> Bureau de propagande) hervorgegangen ist, dessen Chefs auch das Protokoll vom 8. März unterzeichnet haben. Sie besagt: nachdem man bisher im Geiste der Versöhnung operiert habe, müsse man jetzt, angesichts der Münchener Vorgänge und der pfälzischen Neigungen zum Separatismus, einen Schritt weiter gehen: „es kommt nun darauf an, diese Neigungen jetzt auszunutzen, indem man der linksrheinischen Bevölkerung begreiflich macht, daß es in ihrem materiellen und sittlichen (!) Interesse liegt, sich von dem rechten Ufer zu trennen.“ Zu diesem Zwecke müsse man den Leuten alle Furcht nehmen, die große Idee der Freiheit (!) leuchten lassen, Befreiung von allen militärischen Lasten versprechen und den Nachweis führen, daß der Schutz der wirtschaftlichen Interessen besser durch das siegreiche Frankreich als durch das besiegte Deutschland wahrgenommen werden könne. Diese Propaganda müsse diskret ausgeübt werden, d. h. ohne offensichtliche Absichtlichkeit, ohne Apparat, durch individuelle Betätigung namentlich bei Personen, die einen Teil der öffentlichen Gewalt ausüben, Abgeordnete, Bürgermeister, verschiedene Verwaltungen, Fabrikleiter, Angehörige der Geistlichkeit usw. Dabei könnten die Grenzen der Pfalz, dem Wunsch der Bevölkerung entsprechend, über die gegenwärtigen Grenzen hinweg ausgedehnt werden, durch die Annäherung von Provinzen, die ihr ehemals angehört hätten. Zu bekämpfen sei die Bildung einer einheitlichen oder föderativen Republik des linken Rheinufers; das beste Verfahren sei, die Pfälzer gegen die Rheinländer in Gegensatz zu bringen.

So war die Leimrute auf allen Seiten bestrichen: eine freie Pfalz, eine neutrale Pfalz, eine wirtschaftlich gerettete Pfalz, eine vergrößerte Pfalz — nur das Schlagwort der französischen Pfälzer war wohlweislich vermieden. Vielmehr wurden die Annexionisten — denn auch solche Lumpen erster Klasse scheint



es gegeben zu haben — ausdrücklich bedeutet: geht zu den Autonomisten. Wenigstens macht Jacquot das wertvolle Geständnis, es sei ihnen auf Rat des Oberkommandos der Anschließ an die unabhängigen Republikaner, Parteigänger einer autonomen und neutralen Republik, empfohlen worden. Mit welchen Hoffnungen sich diese Militärpolitiker und die wenigen von ihnen betörten Pfälzer zeitweilig trugen, geht aus einem Artikel des „Landauer Anzeigers“ vom 10. März hervor, in dem der bayerische Regierungspräsident in Speyer, Herr von Winterstein, geradezu zur Übernahme der Führung ermuntert wurde:

„Entfalte er doch das schwarz-rot-goldene Banner der Pfalz oder besser noch das blau-weiß-rote der Kurpfalz mit dem Motto: „Los von Bayern.“ Auf, Präsident der Pfalz! Lasse die selbständige Republik Pfalz ausrufen, am besten unter Mitwirkung des Beamtenkörpers!“

Daß das nicht nur ein windiger Journalisteneinfall war, ergibt sich daraus, daß französische Offiziere tatsächlich die naive Dreistigkeit besaßen, an Herrn von Winterstein mit dem gleichen Ansinnen heranzutreten. Sie empfingen die gebührende Antwort.

Am 31. März glaubte General Gérard schon so weit zu sein, daß er einen Notabelnrat der Pfalz berief, unter dem Vorwand einer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der dann gegebenenfalls, wie Jacquot ausplaudert, in eine provisorische Regierung für die pfälzische Republik verwandelt werden sollte.

Nach alledem steht der Ursprung des Gedankens der „Freien Pfalz“ außer allem Zweifel. Autonomie und Neutralität — oder wie man sich für die Schamhaften ausdrückte: selbständige Stellung der Pfalz im Völkerbunde — waren nur Kulissen für das bewußt von dem Militär betriebene französische Protektorat. Wie aber konnte es geschehen, daß die „Freie Pfalz“ überhaupt Anhänger fand? Vergessen wir nicht, wie es damals in Deutschland aussah. Auch bei uns schossen überall staatliche Umgruppierungspläne wie die Pilze in die Höhe, zum Teil von oben her gefördert; an mancher Stelle erhob sich eine Welle partikularistischen Latendranges, wie er nicht mehr für möglich gehalten worden war, suchte in politischer Wichtigkeit Dinge aufzurühren, von denen es in der damaligen Lage unseres unglücklichen Vaterlandes in den weitaus meisten Fällen besser geheßen hätte: *Quia non movere*. Was bei uns nur Dilettantismus war, wurde jenseits des Rheines ein lebensgefährliches Spiel mit dem Feuer; es konnte jeden Augenblick an Landesverrat streifen, weil für die Franzosen der Separatismus nichts als ein Sprungbrett für die nicht erreichbare und daher in eine harmlosere Form der Kontrolle einzuwickelnde Annexion war. Gewiß war nicht jeder, der mit dem Gedanken einer pfälzischen Republik spielte, von den Franzosen gekauft; neben den „Franzosenköpfen“, die bewußte Verräter waren, und den interessierten Kriegsgewinnern, die als Verräter handelten, gab es allerhand unklare Gemüter, die auf jeden Reim gingen.

Ueber die bewußten Verräter ist das Urteil gesprochen. Wir werden die beschmutzten Namen der Haas, Schent und Feibelmann nicht vergessen, die, nachdem das Blut von Hunderttausenden auch für sie mitgeflossen, aus schamloser Streberei oder niedrigem Eigennutz den deutschen Namen entehrten. Mögen heute die Entente und die Ordonanzen sie vor der verdienten Strafe sichern: sie haben sich für immer außerhalb der Nation gestellt. Auch die Mittel, mit denen sie arbeiteten, bleiben unvergessen, die Zeitung „Freie Pfalz“, die angeblich in 14 Tagen 10 000 Abonnenten zählte, die Lockungen und Drohungen, die französischen Blankovollmachten, mit denen diese Menschen Pässe oder Ein- und Ausfuhrerlaubnisse für Waren und Lebensmittel gegen Anschließ an ihre Partei verhandelten. Das ekelhafte System der Schieberei empfing hier unter französischer Beihilfe eine besondere landesverräterische Note.

Der wirkliche Anhang ist keineswegs allzu groß zu veranschlagen. Es ist nichts als militaristische Selbsttäuschung, wenn Jacquot meint: „Ende März haben wir die Massen für uns gewonnen“; nach dem 7. April, dem Höhepunkt der Bewegung für die pfälzische Republik, habe alles zur Aktion gedrängt. Immerhin war für manche der „neuen Reichen“ die Verlockung unwiderstehlich, den finanziellen Anforderungen dadurch zu entgehen, daß man sich autonom und neutral seitwärts in die Büsche schlug. Dazu kam die Münchener Bolschewistenherrschaft für diejenigen, die ihr Gewissen beruhigen wollten, wie gerufen.

✱

Am 7. Mai wurde zum ersten Male der Inhalt des Friedensvertrages in der Pfalz bekannt. Er bedeutete, daß die Annexion gescheitert war und keine Trennung von Deutschland zu erwarten war; für die Pfalz allerdings enthielt er die Lostrennung eines Gebietes mit 77 500 Einwohnern, die zu dem Saargebiet geschlagen wurden. Der Friede, der für uns die Vernichtung be-

deutete, war für den französischen Militarismus der Gipfel der Enttäuschung. Auch in dem Buche von Jacquot klingt diese Erbitterung nach, sie äußert sich in versteckten giftigen Ausfällen gegen Engländer wie General Smuts.

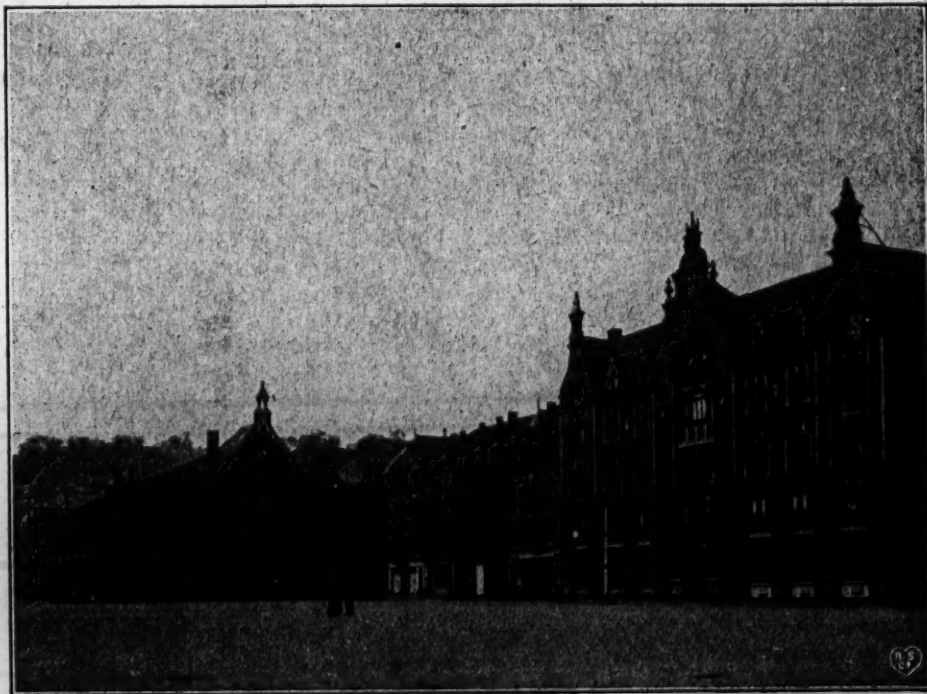
Also setzt die französische Militärpolitik alle Hoffnungen auf eine Ablehnung des Friedens durch die deutsche Regierung. Jetzt gilt es, mit äußerster Beschleunigung noch vor der Unterzeichnung des Friedens, vor allem aber für den Fall der Ablehnung des Friedens eine neue Tatsache schaffen, die auch den Verbündeten vorgezeigt werden kann.

Am 17. Mai erschienen vor dem Präsidenten von Winterstein, von den Franzosen angekündigt, 21 Autonomisten unter Führung des Weinchemikers Haas von Landau und trugen ihre Forderung vor: Bildung eines selbständigen neutralen Staates, der Rhein als Zollgrenze, keine Abtretung an das Saargebiet, dafür wirtschaftlichen Anschließ der ganzen Pfalz an das Saargebiet — das ist die neue Formel, in der der Verrat, in der Masse wirtschaftlich-politischer Selbstbestimmung, nunmehr erscheint. Sachlich ist es nichts als das uns bekannte französische Programm. Der Präsident wies sie ab als nicht berufen, im Namen des Landes zu sprechen. Mit staatsmännischer Umsicht und Entschlossenheit hatte er den Gegenschlag vorbereitet. Anderen Tags versammelte sich, von ihm berufen, im Sitzungssaal der pfälzischen Kreisregierung in Speyer der Landesrat der Pfalz: die wirklichen Notabeln, die Reichs- und Landtagsabgeordneten, die Landratsmitglieder, die Führer der Parteien, die Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Gewerkschaften der Arbeiter, der Beamten- und Lehrervereinigungen, Vertreter der Großindustrie und des Weinbaues, im ganzen 70 Männer. Sogleich die erste Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Probst von Ludwigshafen bezeichnete die 21 als Hoch- und Landesverräter. Wir wollen bei Deutschland bleiben in guten wie in schlimmen Tagen, war der Widerhall aller Reden. Zum Schluß wurde eine einstimmige Entschließung angenommen, in der es hieß:

„Mit größter Entschiedenheit betont die Versammlung die unlösliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland. Die Pfälzer werden in dieser schwersten Stunde der deutschen Geschichte ihrem geliebten deutschen Vaterlande die Treue halten.“

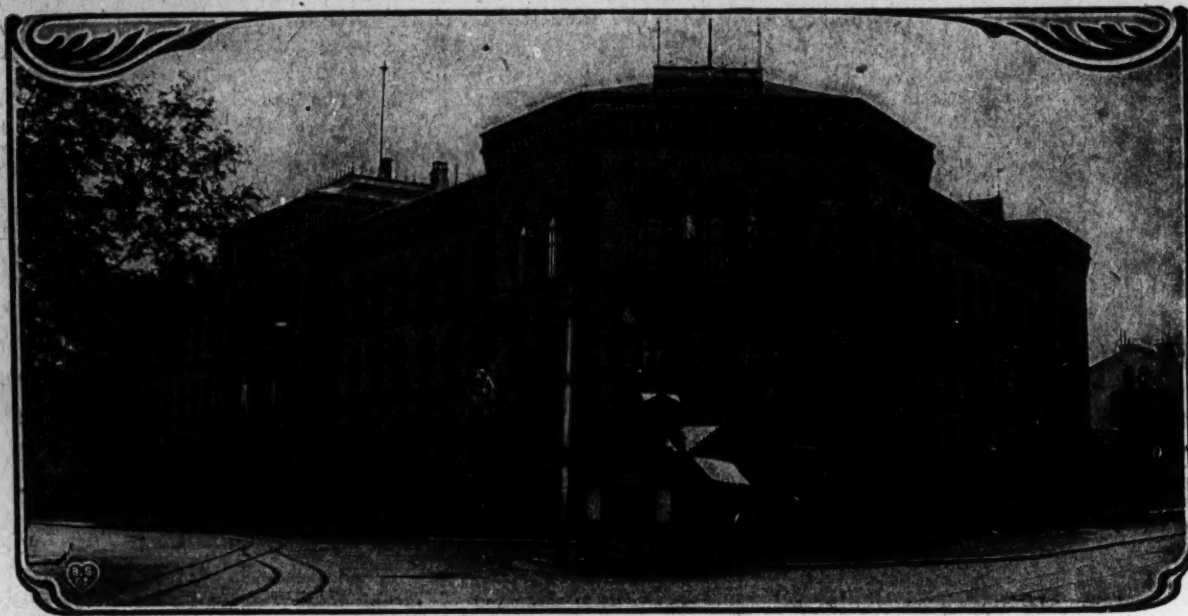
Man verlangte weiter eine Milderung der Friedensbedingungen, verwarf die Bildung eines neutralen, das Saargebiet und Teile der Pfalz umfassenden Staates und erklärte das Verhältnis der Pfalz zu Bayern für eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die erst nach dem Friedensschlusse und nur auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassungen entschieden werden könne.

Die Pfalz hatte gesprochen! Herr von Winterstein ließ dem General Gérard die Entschließung mitteilen. Den Ingrimm, mit dem der Franzose seine kunstvolle Politik gestört sah, verrät seine Antwort: er habe noch einmal dem pfälzischen Volke eine freie Meinungsäußerung gestattet, von nun an sei es damit zu Ende. Während die Ansprache der Landauer Autonomisten vom 17. Mai überall angeschlagen wurde, durften die pfälzischen Blätter die Resolution vom 18. Mai nicht bringen. Das französische Militär brauchte dieses Ersticken der öffentlichen Meinung, um seine letzte Karte, den sorgsam vorbereiteten Putsch der Autonomisten, auszuspielen zu können. Die Flugblätter der Landauer durften jetzt mahnen, die Stunde sei gekommen, alle falsche Scham abzuwerfen.



Neumarkt in Saarbrücken mit Saalbau.





Bergwerksdirektion in Saarbrücken.

Aber auch auf Seite der Deutschen war man auf alles vorbereitet. In ihre Hände war ein Manifest gefallen, das der Autonomistenführer Haas verfaßt und vermutlich schon am 17. Mai in der Tasche gehabt hatte:

„Im Namen des Pfälzer Volkes habe ich heute die Pfalz als selbständige neutrale Republik erklärt. Präsident von Winterstein ist entsetzt und verläßt heute die Pfalz. Die Pfalz als neutrale selbständige Republik ist bereits von der französischen Besatzungsbehörde — General Gérard — anerkannt.“

Das französische Militär hatte also, unter größtmöglicher Verletzung des Waffenstillstandsvertrages, eine Blankovollmacht für den Sturz der gesetzlichen Autoritäten und für die Anerkennung eines gesetzwidrigen Putschs ausgestellt. Grund genug, daß der Präsident die Staatsanwaltschaft zur Verhaftung der jetzt als Hochverräter entlarvten Autonomistenführer veranlaßte, „sans en informer le commandement français“, sagt der tiefgefränkte Jacquot — als wenn der pflichttreue deutsche Beamte in diesem Verfahren gegen den Hochverrat den Instanzenweg zu denen, nach deren Pfeife die Verräter tanzten, hätte innehalten sollen! Dafür erzwang das Oberkommando die sofortige Freilassung der Verbrecher und verfügte die Ausweisung der an der Verhaftung beteiligten Gerichtsbeamten, des Staatsanwaltes, des Amtsrichters und des Gefängnisverwalters, über den Rhein. Der Ingrim über die Versammlung vom 18. Mai äußerte sich in der Ausweisung des Bürgermeisters Mahla von Landau, des Vorsitzenden des Landesrates. Am Abend des 31. Mai wurde schließlich von dem enttäuschten Oberkommando auch die Ausweisung des Präsidenten von Winterstein verfügt und sofort vollzogen.

Wohl mochte seine Ausweisung das Signal für die Französlinge sein, in letzter Stunde loszuschlagen: die obersten Autoritäten beseitigt, die Ängstlichen vielleicht eingeschüchtert, das französische Militär in offener Parteinahme. Darauf wagten am 1. Juni Haas und seine Leute in das Regierungsgebäude in Speyer einzudringen, um das Manifest, das schon seit mehreren Tagen in der deutschen Presse bekannt war, in die Tat umzusetzen. Sie gelangten aber nur in den ersten Stock, droben war das Regierungsgebäude plangemäß von Arbeitern besetzt, die die Eindringlinge mit blutigen Köpfen heimschickten. Die erbärmlich Verprügelten flüchteten sich unter den Schutz der französischen Bajonette. Die feierliche Ausrufung der „Freien Pfalz“ war kläglich gescheitert.

Die französische Maché der Bewegung lag von Anfang bis zu Ende auf der Hand. In seiner Antwort auf die von der Reichsleitung unter Berufung auf § 5 des Waffenstillstandes eingelegte Beschwerde hat Marshall Foch trotzdem es für angezeigt gehalten, am 3. Oktober als Ergebnis seiner amtlichen Untersuchung der Beschwerde mitzuteilen: „Die französische Militärbehörde der Pfalz“ ist eifrig bestrebt, eine strikte Neutralität gegenüber den verschiedenen in den besetzten Rheinlanden existierenden Parteien „scrupuleusement“ zu beobachten.“

Der Ausweis der Akten und die Berichterstattung Jacquots berechtigen uns, diese „gewissenhafte Neutralität“ mit einem ehrlichen deutschen Worte, das jeder selber finden wird, zu deuten. Zu allem Ueberflus ist der Geschichtsschreiber dieser zweideutigen Militärpolitik unvorsichtig genug, die offiziell behauptete Neutralität selber zu verhöhn. Sein Zukunftsprogramm für die friedliche Durchbringung, auf dessen undiplomatische Offenheiten ich noch zurückkomme, schließt nämlich mit den Worten:

„Das alles ist freilich wenig vereinbar mit der Neutralität der Okkupationsarmee, dieser famosen Neutralität, die alle Initiativen zerbricht, allen Willen lähmt und es verhindert,

Männer von Charakter und Energie an ihren Platz zu stellen. Man soll es geradeheraus sagen: die Neutralität ist unmöglich. Früher oder später wird man gezwungen sein, Partei zu ergreifen, wenn auch nur für seine Freunde.“

Die eigentliche Entscheidung war gefallen. Ein Nachspiel nur war der Versuch von französischen Kriminalbeamten, nachts in das Postgebäude zu Ludwigshafen einzudringen, und seine tragischen Folgen. Nach der französischen Schilderung hätten die französischen Polizisten gegen 1 Uhr nachts im Postgebäude eine ungewöhnliche Unruhe bemerkt, wären bei ihrer Feststellung von einer Bande Vertrauensmänner (!) angefallen, hätten sich verteidigt und zwei Manifestanten (!) niedergeschossen. In Wahrheit sind zwei im Nachtdienst beschäftigte Postbeamte, die

ihren Platz nicht verlassen wollten, von den Franzosen erschossen worden. Man kennt die letzten Worte des einen der beiden: „Ich bin für Deutschland gestorben. Hoffentlich vergißt Deutschland meinen Tod nicht.“

Die Antwort auf das Verbrechen war der Generallstreik der Arbeiterschaft. Jetzt wich General Gérard, von neuem schwer kompromittiert, einen Schritt zurück und gestand die Abhaltung öffentlicher Versammlungen zu. Eine starke Welle nationaler Leidenschaft lief über das Land. Nach dem Urteil von Augenzeugen gehören die Septembertage zu den schönsten Erlebnissen der Pfalz in dieser schweren Zeit. Am 16. Oktober verließ Gérard Landau, abgerufen, ohne den ersehnten Ruhm geerntet zu haben. Im Dezember gab der Führer der Autonomisten, Haas, bekannt, daß er auf jede politische Tätigkeit fortan verzichte. Die „Freie Pfalz“ und die ganze Gefolgschaft betrogener Betrüger, die sie gewollt hatten, hatte ausgespielt.

✱

Die erste Epoche französischer Aneignungsversuche war zu Ende. Woran ist sie gescheitert? Major Jacquots Antwort weiß dafür französische und deutsche Ursachen anzuführen.

Einmal meint er, viele pfälzische Republikaner hätten sich im entscheidenden Augenblick nicht kompromittieren wollen. Aus dunklen Andeutungen hört man soviel heraus, daß die militärischen Machthaber nicht so sehr freie Hand gehabt haben, wie sie wollten, daß sie in Paris anscheinend mit ihren weitergehenden Anträgen nicht haben durchdringen können. Diese Klage ist der Unterton von Jacquots Buch. Es ist der Militarismus wie er leibt und lebt, immer voll von versteckten Anklagen gegen die bedenklichen oder umständlichen Zivilbehörden.

Die zweite Frage aber interessiert uns stärker als alles andere: welche Mächte haben auf deutscher Seite die französischen Umtriebe durchkreuzt und gebrochen? Jacquot kennt allein zwei solcher Mächte, auf die er immer wieder zurückkommt: das Beamtentum und die Arbeiter. Als unbeugsame und feindliche Elemente bezeichnet er ein andermal „die Führer der Sozialdemokratie und die Beamten, die beiden großen disziplinierten Körper des verpreuften Deutschlands, nach dem Ausscheiden der Armee“. Das Eintreten der 15 000 Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik in den Generallstreik scheint seinen Eindruck nicht verfehlt zu haben.

Das also ist die Kombination der Mächte, die nach gegnerischer Aussage uns gerettet hat.

Beamtentum und Arbeiterschaft: das scheint auf den ersten Anblick eine weite Spannung in sich zu schließen, aber nur eine Brücke auf so festen Pfeilern und von so weiter Spannung wird über den dunklen Strom der deutschen Geschichte in das Land der Zukunft führen. Was im allgemeinen gilt, ist für die Lage in einem bedrohten Grenzlande durch den Gang der Dinge bereits erwiesen. Vor dieser starken Kombination müssen die spezifischen Parteistandpunkte zurücktreten: alle einzelnen Parteien werden von dieser weiten Spannung zusammengehalten. Es kann für sie alle nur eine Einheitsfront geben. Jacquot spricht nach seinen Beobachtungen wohl von den Parteipolitikern, in deren Seele die Partei die Stelle des Vaterlandes einnehme, aber drüben werden sie austerben müssen, wenn die Pfälzer deutsch bleiben wollen. Und wenn der Franzose immer wieder rät, den Gegensatz von Pfälzern und Bayern zu studieren und jede Art von Separatismus zu fördern, so enthält das für alle Deutsche die Lehre, wie die Einheitsfront der Parteien, so den politischen Einheitsgedanken der Nation — das eigentliche Kampfziel der Franzosen! — allem anderen voranzustellen und ihm allen partikularistischen



Sondergeist, sofern er politisch wirksam werden will, restlos zu unterwerfen.

✱

Die Politik Gérard-Jacquots, die Politik der Verlockung und der Korruption in einer „Freien Pfalz“, war im Herbst 1919 zunächst erledigt. Trotzdem bleibt das Zukunftsprogramm dieser Politik, das im Schlusse von Jacquots Buch aufgestellt wird, von Interesse, weil manche seiner Bestandteile in jedem Augenblicke wiederkehren können.

Der erste Punkt des Programms verlangt, in moralischer Hinsicht Sympathien für Frankreich zu entwickeln, vor allem durch strengste Disziplin der Soldaten. Jacquot selbst ist über diesen Punkt nicht ganz sicher, da die jungen Soldaten, die den Krieg nicht mitgemacht hätten, und die Spezialtruppen „eine lebhafteste Neigung zeigten, die Rechte des Siegers zu mißbrauchen“. Das wird ihm jeder Pfälzer bestätigen können. Von jedem, der über den Rhein kommt, erfährt man, wie zumal in den kleineren Orten die Ausschreitungen, Brüstierungen, Beschimpfungen, Mißhandlungen kein Ende nehmen.

In politischer Hinsicht empfiehlt Jacquot, alle pfälzischen Aspirationen zu fördern. Unter den kleinen Mitteln empfiehlt er Aufklärung darüber, daß in einem etwaigen kommenden deutschen Revanchekriege die Pfalz der Schauplatz der ersten Treffen und Verwüstungen sein werde. Ferner die Erörterung der Frage der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg, „unter Anlehnung an Mühlton und Nicolai“; diese Art Pazifisten mag daraus erkennen, wie ihre Behandlung der Schuldfragen in dem bedrohten Grenzlande als Propagandamittel unserer Feinde gegen uns ausgespielt werden soll. Er rät weiterhin, die Möglichkeit einer sofortigen Aufnahme in den Völkerbund zu betonen, wenn es sich handeln werde um eine „fédération allemande dégagée de la Prusse“; er scheut nicht davor zurück, den Gedanken eines Frankfurter Parlaments wieder zu erwecken, „um von dem historischen Glanz der Schlagworte Nutzen zu ziehen“. Der Höhepunkt dieser Künste ist der verführerische Gedanke eines großen „fränkischen Völkerbundes“, der von Rumänien und der Ukraine bis nach Belgien, über die Tschecho-Slowakei und den süddeutschen Staatenbund reichen und ein „Mitteleuropa ohne Kaumann und Preußen“ herstellen würde. Selbst auf diesen plumpen Köder haben bereits, wie man aus den Zeitungen erfährt, separatistische bayerische Zentrumspolitiker angebissen.

In sozialer Hinsicht rät Jacquot zur Schonung aller Interessen, zur Beruhigung der Arbeiter über die Versicherungsgesetzgebung, für die Frankreich allerdings kein Äquivalent bieten könne. Er empfiehlt Rekrutierung des Beamtentums aus der Pfalz, Förderung der technischen Schulen, Gründung einer Forstschule, eines Gymnasiums in Ludwigshafen, ja sogar einer Landesuniversität. Man müsse eine Verminderung der Besetzungsdauer in Aussicht stellen, unter der Voraussetzung, daß der westdeutsche Staatenbund sich verwirkliche. Noch höher steigen die wirtschaftlichen Luftschlösser. Die Pfalz soll an allen französischen Handelsverträgen und Bündnissen teilhaben, Begünstigungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen erhalten, ja sogar Ausichten auf koloniale Zugeständnisse; es muß ein Plan zur Vereinigung des französischen Eisenbahn-, Straßen- und Kanalgesetzes, des ganzen französischen Verkehrssystems mit dem verbesserten pfälzischen System ausgearbeitet werden.

So können diejenigen, die nicht alle werden, aus den Händen dieses milden und uneigennütigen Siegers alles empfangen, von der Universität bis zu den Kolonien. Der Herodot der Etappe hat sich zum Schluß in Tartarin von Tarascou verwandelt und begehrt die Unvorsichtigkeit, alle seine Einfälle nebeneinander drucken zu lassen.

Gewiß werden die wirtschaftlichen Nöte Deutschlands und der Pfalz den Franzosen immer wieder ein Sprungbrett für ihre wirtschaftspolitische Propaganda liefern. Aber zweierlei haben die Pfälzer, die einen offenen Blick für die Wirklichkeit besitzen, jetzt schon gelernt. Die französische Wirtschaftsentwicklung reicht nicht dazu aus, nach dem Urteil ihrer eigenen Verbündeten, sich selber zu helfen, bei sich selber wieder aufzubauen, sie würde garnicht imstande sein, anderen auf die Beine zu helfen. Vor allem aber: sie wollen das auch gar nicht, sondern nur, wie Jacquot an einer anderen Stelle unvorsichtig ausplaudert, „die Quellen des Reichtums der Pfalz zu wideln und zu unserem (d. h. der Franzosen) Vorteil fließen lassen“. Ein furchtbares Beispiel dafür hat der Pfälzer auf seinem eigenen Boden fast, in seiner nächsten Nachbarschaft vor Augen, die Ausplünderung des Saargebiets, die der Franzose mit militärischem Druck, mit Ausnutzung der Valuta und mit wirtschaftlichen Drohungen (z. B. durch Kohlenentziehung) in einem Umfange eingeleitet hat, für den geschichtliche Parallelen mir nicht bekannt sind.

✱

Aus dem Buche Jacquots können die Pfälzer lernen, wie man sie verführen will. Aus den Ordonnanzen der Hohen Interalliierten Kommission werden sie dagegen erfahren haben, wie man sie in Wahrheit regieren will. An die Stelle der Fata Morgana ist die unerbittliche Wirklichkeit getreten, um ihr ein Ende zu machen.

Wir hatten gehofft, daß nach den vielfältigen Kompromittierungen des französischen Militarismus auf dem linken Rheinufer die Interalliierte Kommission Wortlaut und Geist des Friedens gegenüber allen verschleierte französischen Aneignungsgelüsten wiederherstellen würde. Wie alle Hoffnungen, daß die Gegner sich zur Gerechtigkeit aufrufen würden, ist auch diese enttäuscht worden. Die übrigen Ententemächte haben in dieser Frage wieder einmal die Wünsche der Franzosen, deren Sinn ihnen nicht verborgen sein kann, erfüllt oder erfüllen müssen.

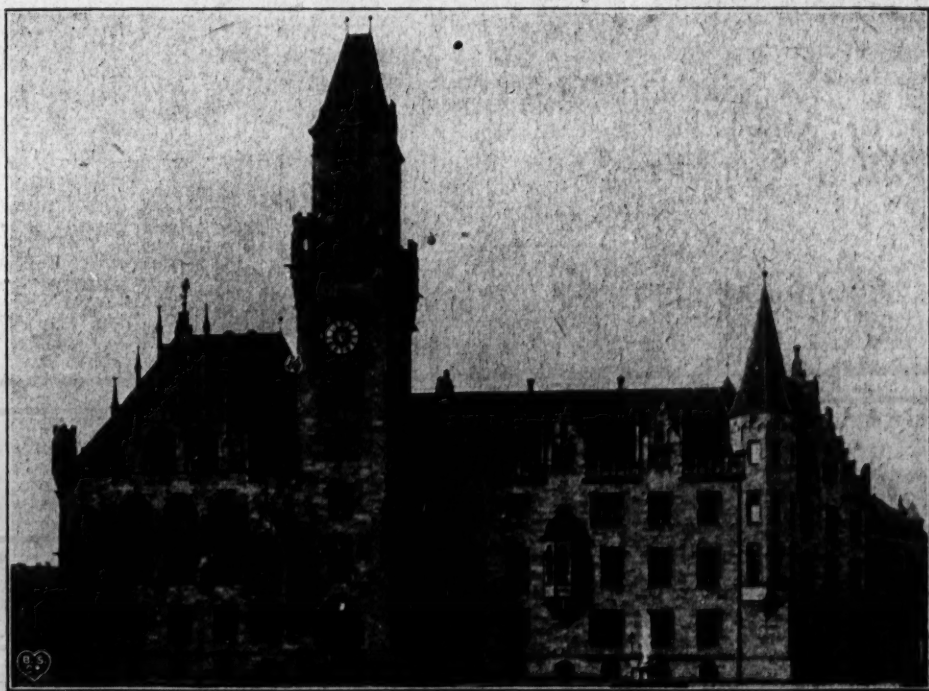
Die Ordonnanzen der Interalliierten Kommission sind, wie der Reichskanzler Bauer sie mit Recht gekennzeichnet hat, nichts anderes als eine Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln.

Angelsachsen und Franzosen sind stolz auf die von ihnen im 18. Jahrhundert der Welt verkündeten Menschenrechte. Wollen sie sie jetzt vereint am Rhein außer Kraft setzen? Jetzt soll aus mit den Souveränitätsrechten eines Staates und den Menschenrechten des Individuums gleich unvereinbaren Forderungen ein System gemacht werden, für 15 Jahre und für Millionen von Menschen, im Augenblick eines Friedens, der angeblich das Zeitalter militaristischer Hegemonie durch eine Ära der Gerechtigkeit ablöst!

Die Ordonnanzen: das ist nicht mehr die Politik Gérard-Jacquots, die Politik der Verführung: das ist die Politik der Knebelung auf ein halbes Menschenalter hinaus. Die Willkür der Ordonnanzen auf der einen Seite, die Mediatisierung der deutschen Behörden auf der anderen Seite, beides zusammen schafft eine Atmosphäre der Rechtlosigkeit und Unsicherheit, wie sie in dem absolutistischen Rußland nicht schlimmer gedacht werden konnte. Man muß wissen, was der sadistische Quälgeist der Franzosen aus solchen Bestimmungen zu machen versteht, und man begreift, daß Jacquots Hoffnung, „daß unsere Rheinischen Administratoren, wenn sie überhaupt noch eine aktive Rolle spielen können, sich unserer Armee bedienen, um aus ihr die Unterstützung einer festen, klaren und methodischen Politik zu formen“, jetzt doch noch in Erfüllung gehen kann. Die Äußerung des Oberkommissars Tirard, daß man auch den Schulunterricht werde überwachen müssen, ist der erste Beleg für die Unsittlichkeit der beabsichtigten Praxis. Das Endspiel, das die Franzosen wollen, geht aus dem Buche Jacquots, der das letzte herausagt, unwiderleglich hervor: Nach ihm muß auch der Sinn der Ordonnanzen und der von ihnen beabsichtigten Wirkungen allerdings verstanden werden.

Um dieses Endziels willen muß der Kampf gegen die Ordonnanzen aufgenommen werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in diesem Kampfe nur über moralische Mittel, nicht aber über wirksame Machtmittel verfügen. Aber wir vertrauen, daß, wenn es sich um die Bedrohung des Edelsten im Menschen handelt, die Mittel der moralischen Verteidigung stärker sind als alle Übung der Gewalt.

Die erste Voraussetzung dieser moralischen Abwehr ist natürlich, daß in der Pfalz — und das gilt auch von dem ganzen linken Rheinufer — die politische Einheitsfront aller Parteien erhalten und befestigt werde. Ohne sie würde der Kampf gegen



Das neue Rathaus in Saarbrücken.



die Ordonnanzen von vornherein verloren sein. Bleibt sie aber unerschütterlich bestehen, ohne alle Lücken, die dem Gegner das Eintreiben eines Keils ermöglichen könnten, so wird an diesem Felsen der Geist der Ordonnanzen sich möglicherweise doch noch brechen. Wir müssen, zumal in den Nachbarschaften rechts des Rheins, die öffentliche Meinung wachrütteln, unter den Gleichgültigen und den von eigener Sorge Ueberlasteten. Denn was sind unsere materiellen Nöte, so schwer sie auch unser irdisches Dasein bedrücken, gegen die seelischen Ängste, gegen die sittlichen Entwürdigungen und Gefährdungen, denen unsere deutschen Brüder jenseits des Rheins ausgesetzt sind! Sie können von uns, und zumal von ihren nächsten Stammesgenossen verlangen, daß wir an sie denken und mit ihnen fühlen, daß wir ihnen die Hand reichen und für sie handeln. Sie brauchen für ihren Widerstand eine Resonanz, an deren Gleichklang sie sich erheben, einen Rückhalt, bei dem sie das niederziehende Gefühl des Verlassenseins vergessen.

Darum dürfen wir auch vor der Welt nicht schweigen — wir sind schon viel zu schweigsam geworden, selbst dann, wenn sogar unter unseren Gegnern mit einem Sturm der nationalen Entrüstung gerechnet wurde. Wir müssen der Welt zeigen, daß hinter den diplomatischen Protesten eine Nation von aufrechten und unnachgiebigen Männern steht. Systematisch und sachlich, ohne herausfordernde Geste, die unserer Stellung in der Welt nicht ansteht, muß darauf hingewiesen werden, daß Millionen von Deutschen in einem der ältesten Kulturgebiete Mitteleuropas durch den französischen Militarismus in einen Helotenstand herabgedrückt werden sollen, der die Schergen noch mehr schändet als ihre Knechte.

Denn es ist deutsches Land seit einem Jahrtausend, dessen Berge uns über den Strom herüber aus der Ferne grüßen. Aus dem fränkischen Speiergau stammte Otfried, der Mönch von Weissenburg, dessen Name an der Spitze der deutschen Literatur steht. Die großen Gestalten der salischen Kaiser, dieser eigentlich rheinischen Dynastie, haben dort, wo sie sich persönlich zu Hause fühlten, in Speier, den Dom gebaut und ihre Grabstätte gefunden! Und blicken nicht von mehr als fünfzig Bergen der Pfalz Burgruinen aus der Zeit Barbarossas, die Reste des staufischen Burgensystems am Mittelrhein hernieder? Wohl ist alles das heute eine in Trümmern liegende Vergangenheit, aber wie kam es denn, daß dieses alte historische Land deutscher Größe heute ärmer an historischen Ueberresten ist als viele deutsche Landschaften von jüngerem Datum und bescheidenerem kulturellen Gepräge; daß in Speier außer dem Dom kaum noch etwas erinnert an die Stadt, die der Ort der großen Reformationsreichstage war und im 16. und 17. Jahrhundert der Sitz des Reichstammergerichts? Die historische Physiognomie des Landes predigt noch heute, daß die Franzosen im Jahre 1689, als sie die Pfalz zu erobern versuchten, den im Lande unvergessenen Befehl zum „brûler le Palatinat“ gaben, nicht aus zwingenden Gründen militärischer Notwendigkeit, sondern aus der Zerstörungswut dessen, der das Erstrebte fahren lassen muß. So sind aus diesem heimgesuchten und verwüsteten Lande im Zeitalter Ludwigs XIV. zum erstenmal die Menschen über den Ozean hinübergeflüchtet, die erste Vorhut deutscher Auswanderung. So steht es um die Vergangenheit des Stammes, der nach Jacquot im Jahre 1793 die französischen Eroberer begrüßt hat. In Wahrheit atmeten die Pfälzer erst wieder auf, als die preußischen Truppen im Bunde mit Europa die Gewalttat wieder gutmachten. Die Franzosen, die dem französischen Geist im Lande nachspüren und die deutsche Einigung für ein ausschließliches Werk der „preußischen Gewalt“ und des unheimlichen Bismarck halten, haben keine Ahnung davon, daß die Pfälzer Liberalen schon in den dreißiger Jahren einen Vortrupp des Kampfes um die Einheit unserer Nation stellten, daß in den fünfziger Jahren das Haus von Franz Peter Buhl in Deidesheim ein Zentrum unserer Nationalpolitik in Süddeutschland war, und daß Ludwig Häusser, der Heidelberger Historiker, der Herold der preußisch-kleindeutschen Lösung auf süddeutschem Boden, ein geborener Pfälzer gewesen ist.

## Deutsche Treue in Saarbrücker Briefen!

Welche Entwicklung unsere Lage (der Bergbeamten) bei dem neuen französischen Arbeitgeber nehmen wird, läßt sich heute schon mit Bestimmtheit übersehen: sie läuft auf eine Günstlingswirtschaft sondergleichen hinaus. Das Statut strotzt voller Devotismus- und Servilismusparagrafen, die Schleicherei wird von Amts wegen systematisch gezüchtet. Es ist ja auch zu natürlich. Man muß bedenken, daß in 15 Jahren die Abstimmung darüber sein wird, wo das Saargebiet angegliedert zu werden wünscht. Frankreich wird kein Mittel unverzogen lassen, diese Abstimmung zu seinen Gunsten zu bewirken, inzwischen also zu französisieren. Wer daher französische Art annimmt, also keine deutsche Art, Abstammung usw. verleugnet, oder wer französische Art wenigstens vorheuchelt, unterwürfig und ein williges Werkzeug sein wird, wird „Carrière“ machen und Vorteile haben, der ehrliche Mann, dem das alles zuwider ist, wird hinten stehen müssen, wird es zu nichts bringen. Diese Speichelleckerei,

wie sie jetzt bereits besteht, von einigen Männern betrieben, die früher sich mit ihrem Patriotismus und Deutschtum nicht genug brühten konnten, ist sie nicht zum Aneken? Der Ausdruck „Gesinnungslumpen“ ist noch zu mild für sie. Weß' Brot ich eß', deß' Lied ich sing! Nein, da mache ich nicht lange mit, das steht bei mir ziemlich fest.

Ihr deutschen Brüder rechts des Rheines verzagt nicht. Wir haben guten Mut. Unsere Sache ist die des Rechtes und der Gerechtigkeit und Mariannes Werben um die Enkel der Germania an der Saar wird keinen Erfolg haben.

Wenn wir auch leiden unter mancherlei Nöten, wir haben wenigstens eine Genugtuung — wir dürfen wieder „deutsch“ reden.

Völkerverbund und Völkerveröhnung! Ja, das sind schöne Gedanken, aber unser wirkliches Heil finden wir doch nur an der Mutter Brust, bei unserem Deutschland.

Man darf gar nicht daran denken, wie wir durch den Friedensvertrag betrogen worden sind. Hier sitzen fünf Menschen, die vorgaben, für Gerechtigkeit und Weltfrieden zu arbeiten, aber, wenn man hinsieht, ist alles noch genau so wie unter der französischen Militärdiktatur.

## Des Saarlandes Sänger-Gruß.

(Vorgetragen bei einer kürzlichen größeren Veranstaltung der vereinigten Männerchöre Saarbrückens.)

Grüß Gott, grüß Gott mit hellem Klang,  
Heil deutschem Wort und Sang.

Hoch deutscher Wein, hoch deutsche Maid,  
Hoch deutsches Lied für alle Zeit!

Frisch unsrer Wälder Grün,  
Hell unsres Weines Glüh'n,  
Stark unsrer Berge Erz,  
Und künden wir's, geloben wir's:  
Deutsch unser Lied und Herz!

H.

## Anfragen und Auskünfte.

C. B. in A. Die Forderung „das Saarland den Saarländern“ ging vom „Neuen Saarlurier“ aus. Wieweit er die Forderung praktisch vertritt, können Sie selbst aus einer beliebigen Nummer sehen. Neuerdings heißt er auch unter der Flagge Völker-Versöhnung.

Zum Gedächtnis der deutschen Volksgenossen in den verlorenen Gebieten vertreibt jetzt der „Deutsche Schachmarken-Verein“ vier neue Marken (zu je 5 Pf.). Die Verschlusssiegelmarken verkörpern die vier gebrochenen deutschen Grenzmarken in West, Nord, Ost und Süd: Straßburg (carmin), der Hamburger Bismarck-Roland (blau), die Marienburg (grün) und das Andreas Hofer-Denkmal in Innsbruck (veilschwarz). Die Marken gehen unter dem Namen von Volksnot- (Gedenk-, Erinnerungs-) Marken und sind zu beziehen von Dr. Winterstein (Kassel), Humboldtstraße 30. Postcheckkonto 6783, Frankfurt a. M.

In der Saarländer Vereinigung in Berlin hält am 6. Mai ds. Js. abends 7½ Uhr, im oberen Saal des Deutschen Opernhaus-Restaurant, Charlottenburg 4, Bismarck-Straße 34-37, Herr Kristian Kraus einen Vortrag über: „1. Hat das Saargebiet von der Konferenz in Spa etwas zu erwarten? 2. Neueste Nachrichten aus dem Saargebiet.“ Nach dem Vortrage gemütliches Zusammensein. Herr Kristian Kraus wird durch die Vorlesung eines Kapitels (Das Grubenunglück) aus seinem Roman „Die Traumfahrt“ zur Unterhaltung beitragen. Musik- und Gesangsvorträge sind vorgesehen.

Der Deutsche Frauenbund, Berlin-Halensee, Joachim-Friedrich-Straße 54, ladet deutsche Frauen und Mädchen, die aus irgendwelchen Gründen vertrieben sind, ein, an seinen Veranstaltungen teilzunehmen, um dadurch Anschluß an nationalgesinnte Frauen zu bekommen. Sie sollen uns als Gäste und Mitglieder herzlich willkommen sein. Der Deutsche Frauenbund bittet, ihm freundlichst Adressen angeben zu wollen, wohin er sein Werbematerial senden kann. Deutscher Frauenbund.

Die Berliner Zweigstelle der Handelskammer Saarbrücken hat ihre Geschäftsstelle von der Linkstraße 25 nach der Bernburger Straße 18 III, Berlin SW. 11, verlegt. Telephonischer Anruf ist: Nollendorf 124.